

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei im's Haus. Einzelne Nummer 4 Pf. Sonntags-Nummer mit Wochenschrift 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. Monat. Eingetrag. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst L. Nr. 4196.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 15. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Nothstandsinterpellation

Der Sozialdemokrat hat ihren Zweck im vollsten Maße erfüllt, — über Erwarten der Interpellanten. Es galt die Frage des Nothstands auf die Tagesordnung des öffentlichen Lebens zu bringen — sie ist auf der Tagesordnung. Es galt die Zustände im Saarrevier zu beleuchten — sie sind beleuchtet. Es galt ferner, die Vertreter der Reichsregierung zu einer sozialpolitischen Programmaussprache zu veranlassen — die Aussprache ist erfolgt.

Und im wesentlichen ist alles so gekommen, wie wir es vorausgesehen hatten, nur daß die Beleuchtung der Verhältnisse und der Absichten eine hellere, ja grellere war, als wir voraussehen konnten. Daß der Nothstand eine bedrohliche Höhe erreicht hat, das ist im großen und ganzen vom Reichstag anerkannt worden, und die einzelnen Ableugnungen haben nur dazu gedient, die Person der Ableugner unvorteilhaft zu kennzeichnen. Ein Anstoß ist gegeben, und die Interpellation wird wohl praktische Resultate haben — wenn auch irgend Genügendes nicht zu erhoffen ist.

Ueber die Zustände im Saarrevier ist Tageshelle verbreitet worden. Für jeden, der die Debatten, und namentlich die Darlegungen des Handelsministers von Berlepsch dem Inhalte wie dem Tone nach mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, ist es sonnenklar, daß das bürokratisch-militärische, oder sagen wir genauer: das unteroffiziersmäßige Verwaltungssystem der königlich preussischen Kohlenbergwerke die Schuld an dem unheilvollen Streik trägt. Nicht rein materielle Gründe waren es, welche die Arbeiter in den hoffnungslosen Streik trieben, sondern viel mehr moralische: sittliche Empörung über das schroffe Vorgehen und Auftreten der Behörden. Der bei Begründung der Interpellation scharf gerügte „Ullas“: „Erst ansahen, dann unterhandeln!“ ist zwar von dem Handelsminister bestritten worden, allein er ist Thatsache. Das Herold'sche Telegraphenbureau hat den Ullas am Montag allen Zeitungen gemeldet — er findet sich in den Morgenblättern des Dienstags, und er findet sich in allen Berichten und Korrespondenzen aus dem Saarrevier. Und der Herr Handelsminister selbst hat, gewiß unversehentlich, das System noch schärfer charakterisiert als jener Ullas — wir meinen seine Bemerkung, daß die Bergleute vor dem Streik gar keine Beschwerden an die Bergverwaltung gerichtet hätten. Gerade wie in der Armee! riefen die Sozialdemokraten dem Herrn Handelsminister zu. Die Soldaten beschwerten sich auch nicht — sie schießen sich lieber tödt. Und die Bergleute streiken lieber, gehen mit ihren Familien lieber ins Elend. Die Bergleute haben sich gar nicht beschwert! Besser, packender, ergreifender hätte der Herr Handelsminister nicht die Breite der Klust, die zwischen den Behörden und Arbeitern des Saarreviers gähnt, — besser, packender ergreifender nicht das tiefe Mißtrauen der Bergleute gegen die Bergverwaltung zum Ausdruck bringen können. Und die königlich preussischen Werke des Saarreviers sind Muster-

werke, sind die höchste Leistung der königlich preussischen Sozialpolitik, die eins ist mit der Sozialpolitik des Reichs.

Und wie hat diese Sozialpolitik im Laufe dieser Nothstandsdebatte sich selbst gerichtet! Die Antwort des Herrn Staatssekretärs von Bötticher zeigt, daß die Regierung des Deutschen Reichs von den sozialen Problemen und Aufgaben der Gegenwart keinen Begriff hat. Es ist kein außerordentlicher Nothstand vorhanden. Und die Regierung hat deshalb keine außerordentlichen Maßnahmen zu treffen. Das war, seiner Hülle entkleidet, der Kern der Antwort, deren Ungültigkeit und Armut Herr v. Bötticher so wohl empfand, daß er sie zweimal zu berichtigen suchte. Nothstand ja, aber der gewöhnliche Nothstand, kein außerordentlicher, der das Eingreifen des Reichs nöthig macht.

Damit ist gesagt: das Reich wird nichts thun — es läßt die Dinge ihren Lauf gehen. Die Hochfluth des Elends mag steigen, steigen, mag alles zu verschlingen drohen — die Regierung des Deutschen Reichs steht es nicht — steht da mit verschränkten Armen, fatalistisch von Tag zu Tag lebend, aus der Hand in den Mund lebend — komme, was komme.

Nach uns die Sündfluth.“
Nein, so — weitsichtig sind die Staatsmänner von heute nicht. Sie haben nicht, gleich Metternich, begriffen, daß die Sündfluth kommen wird.

Nun — sie wird wohl auch nicht nach ihnen kommen. Verharren die Regierenden in ihrer Verblendung, so werden sie die Sündfluth noch erleben.

Einstweilen hat die deutsche Reichsregierung sozialpolitisch abgedankt.

Beise Ausdruck, während Herr von Kardorff es auch bei dieser Gelegenheit fertig brachte, eine Rede über die — Goldwährung zu halten. Die ganze Brutalität des Fabrikanten-Progenthums kam in der Rede des Abg. Müller zum Ausdruck. Diese Herren können es der Regierung nicht verzeihen, daß sie nicht zwischen die streikenden Arbeiter schießen und hauen läßt.

Eine gründliche Nachlese hielt hierauf Dreesbach. Indem er noch einmal die sämtlichen in der Debatte angeregten Punkte durchging, geißelte er besonders die brutalen Drohungen und stellte dem Verlangen nach einem neuen Sozialistengesetz die stolze Erklärung entgegen, daß, wie unsere Partei mit dem „alten“ Kurs und seinem Sozialistengesetz fertig geworden sei, wir auch bereit seien, den Kampf mit neuen Ausnahmemaßregeln aufzunehmen.

Die vom Herrn Minister nach Dreesbach's trefflicher Rede vorgebrachten Zahlen, mit denen bewiesen werden sollte, daß der Verkehr steigt, die Industrie blüht und die Arbeitslöhne höher wie je seien, werden wohl noch Gegenstand einer späteren Betrachtung sein. Auf alle Fälle kann unsere Partei mit dem Verlauf der dreitägigen Debatte vollauf zufrieden sein.

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Abgeordnete von Pfitzen in seiner Rede am Donnerstag, kurz vor Schluß der Sitzung, nicht von einem Nothstand der Großgrundbesitzer gesprochen hat, sondern nur die mißliche Lage des Klein- und Mittelbesitzes an Grund und Boden erörtert habe. Das Mißverständnis ist auf Konto der großen Unruhe zu setzen, welche während der Rede des genannten Herrn im Hause herrschte.

Die Bismarck-Reptilien verhöhn den neuen Reichskanzler ob seiner jüngsten Kommissionsrede und lassen natürlich zwischen den Zeilen lesen, daß der Ex-Kanzler doch ein anderer Kerl sei. Nun — wir haben gewiß keinen Grund, den neuen Reichskanzler zu vertheidigen, aber das müssen wir doch sagen, in seiner auswärtigen Politik hat er mindestens so viel Geschick bewiesen, wie sein „genialer“ Herr Vorgänger, wobei wir allerdings bemerken wollen, daß wir von der Kunst der „Hohen Politik“ verstanden wenig halten — ebenso wenig wie von der gesammten Kunst der hohen Politik. Herr v. Caprivi hat freilich keine Depeschen gefälscht, mit keinem Napoleon konspirirt, keine Raubkriege eingeleitet, — solche „Erfolge“ hat er nicht aufzuweisen, dafür hat er aber auch niemals solch dummes Zeug geschwätzt, wie von dem „Bischof von Bergamo“ und von unserer „nationalen Mission in Samoa“. Und auch einen Erfolg der auswärtigen Politik hat Herr von Caprivi zu verzeichnen: man glaubt dem Wort des deutschen Reichskanzlers — ein Erfolg, dessen der Ex-Kanzler sich niemals zu erfreuen gehabt hat. Dies nicht dem Einen zu Lob, aber dem Anderen als Ohrfeige. —

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 14. Januar.

Aus dem Reichstag. Die Diskussion über die Nothstands-Interpellation wurde heute zu Ende geführt. Der Sozialpolitiker des Zentrums, Herr Dize, leitete die Diskussion mit einem richtigen rednerischen Eierdanz ein. Die Zentrumsparthei hat bei den Arbeitern des Saarreviers so sehr an Kredit verloren, daß jedes unvorsichtige Wort den Bruch zu einem unheilbaren machen kann. Andererseits aber will das Zentrum es auch nicht mit der Regierung verderben. So spielte denn Herr Dize seine Rede mit so viel Wem und Aber, daß am Schlusse derselben Niemand hätte sagen können, was der verehrte Herr eigentlich wollte. Das Beste an der Rede war der verständige Appell an die Regierung, sich die beabsichtigten Maßregelungen noch einmal zu überlegen. Denselben Verlangen gab auch der nachfolgende Redner, Dr. Dirsch, in entschiedenster

Feuilleton.

no. 4898 verfahren.)

15

Haus Anzingen.

Soziale Studie von H. de Balzac.
Deutsch von Curt Baake.

„Weißt Du, wie Du es anzustellen hast, wenn Du in England nicht als „improper“ gelten willst?“ wandte sich Wigton an Finot.“

„Nun?“
„Geh' in die Tuilerien und sieh Dir da den mar-mornen Feuerwehmann an, den der Bildhauer Thémistocles getauft hat. Versuche dann wie die Statue dieses Feldherrn einherzuschreiten, und Du wirst nie „improper“ sein.“

Der strengen Anwendung des chernen Gesetzes des „improper“ hatte es Godefroid zu danken, daß sein Glück vollständig wurde. Und zwar ging das so zu:

Er hatte einen Tiger (kleiner Reitknecht) — nicht einen Groom, wie Leute sagen, die vom Sport keine Ahnung haben. — Sein Tiger war ein kleiner Irländer, Namens Paddy, Joby, Toby — Ihr könnt Euch einen Namen für ihn ausdenken, — zehn Jahr alt, drei Fuß hoch und zwanzig Daumen breit. Er war so schlank wie ein Wiesel, hatte stählerne im Sin gehärtete Nerven, war schlau wie ein Eich-läsdchen und der beste, unübertroffene Fahrer Londons und Paris. Sein Eidechsenauge war so scharf, wie mein's, er ritt wie der alte Franconi, hatte blondes Haar wie eine heilige Jungfrau von Rubens und rothe Waden. Verstellt war er wie ein Kavalierr verflochten wie ein ausgedienter

Advokat, kurz eine wahre Blume der Verderbtheit. Er spielte und lachte, liebte den Punsch und Näscherien, war schmählich wie ein Feuilletonist und so dreist und frech wie ein Pariser Gassenjunge.

Er war eines edlen englischen Lords Ruhm und Ruhm gewesen; er hatte ihm schon siebenmalhunderttausend Franz's im Wettrennen gewonnen. Der Lord hatte den Wengel sehr gern: sein Tiger war eine Merkwürdigkeit; kein Mensch in London hatte einen so kleinen Tiger. Auf einem stürmenden Renner sah Joby wie ein Falke aus. Und dennoch gab er ihm den Laufpaß.

Toby hatte nicht genascht, nicht gestohlen, nicht gemordet, nicht lästerliche Reden geführt; seine Haltung hatte zu keinem Tadel Anlaß gegeben, er war gegen Mylady nicht unverschämmt gewesen, hatte kein Loch in die Taschen der ersten Kammerfrau Mylady's gebohrt, noch sich von den Gegnern Mylords beim Rennen bestechen lassen; er hatte des Sonntags kein Verhängen besucht, kurz, er hatte überhaupt nicht das Geringste verbrochen.

Ja, er hätte alles dies thun, ja sogar ohne gefragt zu sein, Mylord anreden können, Mylord hätte ihm selbst dieses schwerste aller häuslichen Verbrechen verziehen.

Mylord würde Vieles von Toby ertragen haben, so große Stücke hielt Mylord auf ihn.

Sein Tiger lenkte einen Tilbury, vor dem zwei Pferde hintereinander gespannt waren, während er auf dem zweiten ritt; seine Beine reichten dann nicht auf die Gabel hinab, und er glich mit einem Wort jenen Engelsköpfen, welche die italienischen Maler um das Bild Jehovah's ausstrenen.

Da lieferte ein englischer Journalist eine reizende Beschreibung dieses kleinen Engels, fand ihn zu hübsch für

einen männlichen Tiger und erbot sich zu einer Wette, daß Paddy im Grunde eine gezähmte Tigerin wäre.

Die Beschreibung wurde boshaft ausgelegt und drohte dem Chefredakteur „improper“ zu werden; der Superlativ von „improper“ ist nämlich der Galgen.

Mylord wurde wegen seiner Vorsicht von Mylady sehr belobt. Toby aber konnte, nachdem sein bürgerliches Geschlecht in der britannischen Zoologie einmal bestritten war, nirgends mehr eine Stelle finden.

Zu jener Zeit blühte Godefroid im Schatten der französischen Botschaft in London, wo er Toby's, Joby's, Paddy's Abenteuer erfuhr. Er bemächtigte sich des Tigers, den er weinend bei einem leeren Konfidententopfe gefunden, denn die Quineen, womit der Lord sein Unglück vergoldet, hatte das Kind längst ausgegeben.

Godefroid de Beaundenord brachte also bei seiner Rückkehr den schönsten Tiger Englands mit nach Hause und wurde durch ihn so bekannt, wie Couture hier durch seine schönen Westen. So fiel es ihm nicht schwer, in den Klub Grammont, wie er heute heißt, aufgenommen zu werden.

Er hatte, ohne seinem Ehrgeiz wehe zu thun, auf die diplomatische Laufbahn verzichtet, er war kein unruhiger Kopf, und alle Thüren standen ihm offen.

Kerle, wie wir, würden sich schwer gekränkt fühlen, wenn ihnen nur lächelnde Gesichter entgegenträten; es giebt für uns keine größere Wonne, als der bitteren Frage eines Neidischen zu begegnen. Godefroid aber liebte es nicht, gehaßt zu werden. Lassen wir jedem seinen Geschmack! Kommen wir lieber auf die Grundlage seiner Existenz, auf sein Leben in materieller Hinsicht zu sprechen.

Seine Wohnung, in der ich oft genug beim Dejeuner saß, befaß den Vorzug eines wunderbar ausgefärbten

Gegen die zweijährige Dienstzeit in der Militär-Vorlage erheben sich sehr viele Stimmen aus den konservativen Reihen; aber wenn sie auch aus diesen Gründen die Vorlage bekämpfen, annehmen werden sie dieselbe doch, in der Hoffnung, daß der Reichstag, welcher jetzt die Militärforderungen erfüllt, auch bei späteren Forderungen betreffs der Verlängerung der nur faktisch, nicht gesetzlich eingeführten Dienstzeit keinen dauernden Widerstand leisten wird.

Die Reichskommission für Arbeitsstatistik ist zum 8. Februar wieder einberufen. Auf der Tagesordnung stehen das Ergebnis der Erhebungen über das Bäcker- und Metzgergewerbe und Initiativanträge, u. a. der Antrag Hirsch, betr. Ausdehnung der Erhebungen auf die Hausindustrie.

Die Welfenfonds-Quittungen. Das Reptilgefinde, das uns, so lange es glaubte, „alle Belege seien verbrannt“, mit dem Gebrauh: Namen! zu verblüffen wähnte, ist recht still geworden. Es weiß jetzt, daß Quittungen da sind, und es weiß, daß der Tag der Abrechnung und des Gerichts auch für die Lamps des Welfenfonds kommen wird, wie er für die des Panamafonds gekommen ist. Und unser Panama-Skandal — das sagten wir schon — wird nicht der kleinere sein.

Die „Germania“, neben der „Vossischen Zeitung“ so ziemlich das einzige Berliner Blatt, das sich durch das Reptilien-Gefühl gegen uns nicht von der Fährte abbringen ließ, schrieb gestern:

Die neuerliche Diskussion hat den einen und den andern der Eingeweihten, die sich heute aller Rücksicht auf den „praktischen“ Verwalter des Welfenfonds entbunden glauben, angegert, ihre Wissenschaft der Welt nutzbar zu machen. Auf diese Weise sind wir in die Lage versetzt worden, um uns zu überzeugen, daß der Vater der Welfenfonds-Korruption bei Ausheilung seiner „Spenden“ zwar sehr schlau zu Werke ging, aber doch nicht schlau genug, um zu verhindern, daß das System der Verwendung und auch Kategorien dabei beteiligter Personen doch bekannt wurden. Was das erstere betrifft, so wird der Modus der „Stipendien“-Zuwendung mit folgendermaßen geschildert: Die Kostgänger des Welfenfonds, wie auch die ohne besonderes Ansuchen Bedachten, erhielten eine von Bismarck's Hand ausgestellte Anweisung an die Kasse des Auswärtigen Amtes, in der diese angewiesen wurde, die niedergeschriebene Summe an einen der Beamten des Auswärtigen Amtes, denen Bismarck besonders vertraute, darunter auch vielgenannte Geheimräthe, anzuhändigen, der dann seinerseits sie dem „Stipendiaten“ ausfolgte. Auf diese Weise lernten weder die Kassengebanten die eigentlichen Empfänger der ausgezahlten Gelder kennen, noch wußten die „Vertrauten“, ob diese Gelder aus dem Welfen- oder aus einem anderen Fonds flossen, und zu welchem Zwecke die „Kostgänger“ die betreffenden Beträge erhielten. Ihre eigenen Gedanken konnten sie sich allerdings darüber machen. Und dabei sind sie auch noch in der angenehmen Lage, jeden Augenblick zu dementieren, daß sie jemals Gelder aus dem Welfenfonds ausgezahlt hätten. Die Belege für die Kasse bildeten die Bismarck'schen Anweisungen, über deren Bezeichnung als Anweisung oder als Quittung Diejenigen sich streiten mögen, denen es Vergnügen macht. Dem verstorbenen Kanzler allein also waren die Namen der Geldempfänger zuverlässig bekannt, und es ist selbstredend nicht ausgeschlossen, daß in Fällen, in denen er es für zweckmäßig hielt — z. B. wenn die zugewendete Summe eine hohe war — er sich seitens des Bedachten auch eine Quittung ausstellen ließ. Es ist uns die Höhe aus dem Welfenfonds gezahlter Summen angegeben worden — einzelne davon sind recht hohe; das Geld war ja da, und es „reicht“ auch nicht. Weiter sind uns Zwecke bezeichnet worden, zu denen der Welfenfonds die Mittel geliefert habe; Zwecke, über die wir uns aus gewissen Gründen nicht weiter äußern wollen. Die Erinnerung aber an dieses dunkle Blatt in der Geschichte des neuen Deutschen Reiches läßt es mit doppelter Gemüthsregung empfinden, daß endlich der Schandfleck, der so lange an seiner Stirn brannte, ausgelöscht ist. Wer aber etwa glauben sollte, mit der Beseitigung des Korruptionfonds sei auch die Diskussion über denselben und seine Verwendung hinfällig geworden, würde sich sehr irren: wenn nicht alles täuscht, stehen wir erst im Beginn der Enthüllungen, und was darin noch geboten werden wird, ist heute nicht abzusehen.

Ja, wir stehen erst am Anfang der Enthüllungen. Und wenn der Cornelius Herz des Welfenfonds einmal zu beichten anfängt, oder zu beichten gezwungen wird, dann wird die Welt ihr blaues Wunder erleben. Einstweilen spielt er in seinem Sachsenwald, nachdem er sich neulich in einem der bekannten alkoholisirten Stahlfungen-Ergüsse Luft gemacht, den Tauben und Stammen.

Toilettenzimmers; alles war darin komfortabel vom Kamin bis zum Baberaum, in den ein paar Stufen hinaufführten. Geträufeltes drehten sich die Flügelthüren in ihren verschwiegenen Angeln, die Schlösser kreischten nicht, matte Scheiben in den Fenstern und unbedruckte Vorhänge davor!

Vot der Salon in seiner künstlichen Unordnung ein malerisches Bild, wie es der kühnste Aquarellist seinem Pinsel nur wünschen kann, athmete alles in ihm das Bohèmeleben eines jungen, eleganten Mannes, so war das Toilettenzimmer dagegen ein wahres Heiligthum: weiß, sauber und mollig sah es aus und peinlichste Ordnung herrschte darin, ein weicher Teppich lag vor dem Bett und schützte die bloßen Füße, wenn man eilig im Gemd aufsprang.

Im Toilettenzimmer zeigt es sich, ob ein junger Mann wirklich zu genießen versteht, wirklich weiß, was zum Leben gehört. Ein paar Augenblicke hier, und die kleinsten Details enthüllen seinen Charakter, offenbaren, ob er dumm oder klug ist.

Die schon erwähnte Marquise, nein, es war die Marquise de Rochefort, ließ einmal während aus einem solchen Toilettenzimmer fort und kam nie mehr wieder. Sie hatte nämlich nichts „improper“ darin gefunden.

Godefroid aber hatte ein Schränkchen voll . . .

„Voll Nachtjaden?“ fragte Finot.

„Ach, dieses Gekläne, Du wirst doch nie gebildet werden! Nein! Früchte, Kuchen, Malaga und Lunel in hübschen kleinen Karaffen, eine ganze Hausapotheke voll Erfrischungen à la Louis XIV. standen darin, kurz alles, was einem zarten, aber exprobierten Magen, einem Magen von sechszehn Jahren behagen kann.“

Ein alter Schein von Bedienten, der sich sehr gut auf Pferde verstand, sorgte für sie und Herrn Godefroid; er hatte schon beim seligen Grafen Beaudenord gedient und hegte für Godefroid tiefwurzelnde Zärtlichkeit.

Jedes materielle Glück beruht auf Piffen. Ihr kennt das Pariser Leben in all seinen Auswüchsen und ahnt ungefähr, daß der junge Mann siebenzehntausend Franks Rente haben mußte, denn er zahlte zwar nur siebenzehn Franks Steuern, hatte aber für tausend Thaler Löhnen.

Den grünen Besinnungs-Philistern, die sich von den Zeitungs-Kulis der Welfenfonds-Quittungsleute in einen spähastigen Enttäuschungssturm gegen uns hehen ließen, sei folgende Aeußerung eines bürgerlich-demokratischen Schweizerblattes, der „Zürcher Post“, hinter den Spiegel gestellt. Das genannte Blatt, das beiläufig in der Sache, soweit sie in Zürich spielt, ganz besonders gut unterrichtet ist, schreibt in seiner Nummer vom 11. d. M.:

Die Veröffentlichung von hundert Quittungen des Welfenfonds durch den „Vorwärts“, das Hauptblatt der deutschen Sozialdemokraten, hat mehr Lärm gemacht, als eigentlich nötig war. Denn seien nun diese Quittungen echt oder unecht, worüber immer noch Streit waltet: jemand muß ja die Zinsen zummen des Fonds erhalten haben, da man nichts von Ersparnissen weiß, die gemacht worden wären, und übrigens besteht der Fonds jetzt nicht mehr, sondern ist durch die beiden Abkommen mit den depössirten Parteien von Kurhessen und Hannover beseitigt. Gewiß könnte die Veröffentlichung dennoch ihren Werth besitzen, jedoch weniger dieser vielberedeten Einrichtung wegen als wegen der einzelnen Personen, auf deren Namen die Quittungenliste des „Vorwärts“ rathen ließ.

Nun, auch die Namen werden noch kommen.

Inzwischen predigen die Spähen sie von den Dächern. — Uebrigens hat Cornelius Herz ja erklärt, Zahlungen aus dem Welfenfonds „könnten ja manche Leute erhalten haben, ohne daß sie sich deshalb zu unehrlichen Diensten verurtheilt hätten“. Das „könnten“ ist löstlich. Und Cornelius Herz wird jedem seiner „Beute“ gewiß gerne bescheinigen, daß er sich nicht zu unehrlichen Diensten verurtheilt hat.

Und zum Schluß noch ein Wort an das Geschlecht der germanischen Pariser, welche die Korruption des Bismarck'schen Regiments leugnen. Wir wollen den Welfenfonds für den Augenblick ruhen lassen und fragen: Hat es jemals in irgend einem Lande einen unappetitlichen Akt von Nepotismus und Korruption gegeben, als die Beförderung Schwenninger's zum Professor an der Universität Berlin — d. h. eines Mannes, welcher kurz vorher eines Sittlichkeitsvergehens gerichtlich überführt ist? Wir erbitten uns Antwort. —

Die Nothwendigkeit fünfjähriger Reichstags-Wahlperioden bereitet die Prüfung der Wahl des Abg. v. Reden im 9. Hannoverschen Wahlbezirk. Die Wahlprüfungs-Kommission hat endlich nach dreijähriger Reichstagsdauer beschlossen, die Ungiltigkeit der Wahl zu erklären. Der Reichstag wird also erst knapp am Schlusse seines dritten oder vielleicht erst zu Beginn des vierten Jahres sich selbst über die Sittigkeit oder Ungiltigkeit der Wahl schlüssig machen. Wie kann also ein Reichstag mit dreijähriger Periode bestehen, wenn er allein 4 Jahre zu der Prüfung der Mandate braucht? —

Aus dem Reich des Herrn v. Stephan. Zu der gestern von uns mitgetheilten und besprochenen Besetzung des Kaiserlichen Ober-Postdirektors, Geh. Ober-Postraths Röhne, spricht auch die ultramontane „Kölnische Volkszeitung“ die Hoffnung aus, daß die Sache im Reichstage bei der Berathung des Post-Gesetzes zur Sprache „und dem Reichs-Postamt nöthigenfalls sehr nachdrücklich zum Bewußtsein gebracht werde, daß auch für das Reich des Herrn v. Stephan Grenzen bestehen“. Auf den Nachdruck, den das Centrum in solchen Fragen der persönlichen Rechtsbedrückung legen wird, haben wir gegenwärtig eben so wenig Vertrauen, als auf die großen Worte der National-liberalen, als sie noch anerkannte Regierungspartei waren. —

Justizverschleppung. Das Reichsgericht soll so mit Arbeiten überhäuft sein, daß die jüngsten Verhandlungstermine bereits auf Ende Juni anberaumt werden, und da vom 16. Juli bis 15. September Gerichtsferien sind, so werden schon vom nächsten Monat an die Termine für die Zeit nach Mitte September, also über 7 Monate hinaus anberaumt werden müssen. Solche Verzögerungen der Rechtsprechung, bemerkt hierzu die „Kölnische Zeitung“, stehen in manchen Fällen mit einer Rechtsverweigerung auf gleicher Linie. —

Aus dem Reiche des Königs Stumm und seiner Vasallen. Drei Jahre sind kaum verlossen, seitdem der

Mohlan, liebe Kinder! An dem Tage, wo er großjährig wurde, überreichte ihm der Marquis d'Aglemont eine Vormundschaftsrechnung, wie wir sie unsern Neffen wohl nicht ablegen könnten. Er häudigte ihm eine Rente von achtzehntausend Franks jährlich auf das Staatsschuldensbuch ein — das war der Rest des durch die große republikanische Revolution gestriegelten und durch das Kaiserreich, das seine Schulden zu bezahlen vergaß, ausgepumpten väterlichen Vermögens.

Der tugendhafte Vormund überwies seinem Neffen außerdem noch dreißigtausend Franks Ersparnisse, die er bei Nuzingen für ihn angelegt hatte und sagte ihm mit der ganzen Liebenswürdigkeit eines Grandseigneurs und der ganzen Nonchalance eines Soldaten des Kaiserreichs, daß er diese Summe für ihn zu Jugendthorheiten gespart habe.

Wenn Du auf mich hören willst, lieber Godefroid, sagte er, so begeh, statt Dein Geld, wie so viele andere, ganz nutzlos zu vergeuden, lieber nützliche Thorheiten, nimm die Stelle eines Attaches bei der Turiner Gesandtschaft an, geh von da nach Neapel, von Neapel wieder nach London, und Du hast Dich dann für Dein Geld amüßirt und belehrt. Willst Du später irgend eine Laufbahn einschlagen, so hast Du weder Geld noch Zeit verloren.

Der selige d'Aglemont war wirklich besser als sein Ruf, was man von uns nicht gerade behaupten kann.

Ein junger Mann, der im einundzwanzigsten Jahre achtzehntausend Franks Rente bezieht, ist von vornherein ruiniert, meinte Conture.

Ja, wenn er nicht geizig oder ein außerordentlicher Mensch ist,“ versetzte Blondet.

Godefroid hielt sich in den vier Hauptstädten Italiens auf, fuhr Bizion fort. „Er sah Deutschland, England, etwas von Petersburg und reiste durch Holland. Er lebte, als wenn er dreißigtausend Franks Rente hätte und wußte so seine dreißigtausend Franks Ersparnisse rasch an den Mann zu bringen. Ueberall traf er französische Klübe, französische Weine an, und alle Leute, die er sprechen hörte, sprachen französisch, so daß er beim besten Willen nicht aus Paris herauskommen konnte.“ (Fortsetzung folgt.)

große Streik der Grubenarbeiter Deutschlands überraschte. Man war gewöhnt, die Bergarbeiter als eine besonders gut geartete Arbeiterklasse anzusehen, in denen sich von Geschlecht zu Geschlecht besondere Sitten und Gewohnheiten bewahrt, und die nicht gemein hätten mit dem gewöhnlichen Proletariat; ihr Loos sei zwar ein bescheidenes, aber ein sicheres, vor Mangel geschützes; die Knappschastklassen seien ein Musterinstitut, das auch in Krankheits- und Invaliditätsfällen die Bergleute vor Noth schütze und für die Wittwen und Waisen sorge. Bei ihnen sei nicht zu befürchten, daß unsterkliche Agitationen Boden gewinnen könnten; das Verhältnis der Treue und Anhänglichkeit an ihre Vorgesetzten, insbesondere an die Grubenbesitzer haben zu fest Wurzel geschlagen, als daß irgend jemand daran rütteln könnte; selbst das, was sie an die ultramontanen Reichsfeinde binde, habe seine Ursache nur an dem religiösen, aber misleiteten Gefühl. Der Streik von 1889 machte dieser Vorstellung von den idyllischen Verhältnissen der Arbeiter ein Ende und stellte auch die patriarchalischen Einrichtungen in ein nicht sehr erfreuliches Licht. Die bürokratische Verwaltung der königlichen Grubenwerke hat seit jener Zeit nichts gelernt; ihr scheinen die schwachen „sozialpolitischen“ Anläufe der Regierung ebenso fremdartig geblieben zu sein, wie den privatkapitalistischen Grubenbesitzern, welche jene sozialpolitischen Anläufe nur mit Born und Erbitterung aufnahmen und den bekannten kaiserlichen Erlassen gegenüber sich wie seiner Zeit die Quisow's gegenüber den Hohenzollern aufstellten. Die Gruben- und Industriebarone sahen die kaiserlichen Erlasse als eine Herausforderung zu einem Kampfe an, der zeigen sollte, ob sie oder die Staatsregierung und Gesetzgebung die Herren seien. Die Industriebarone betrachten die Staatsorgane als ihre Werkzeuge und respektieren sie nur, soweit sie ihnen dienstbar sind. Die Rede des Königs Stumm in der Donnerstags-Sitzung des Reichstages war nicht nur eine Oppositionsrede gegen die Regierung, sondern auch eine Abkündigung ungeschickter Subalternen. Nach König Stumm wäre die einzig passende Antwort auf den Bergmanns-streik die Ablegung von mindestens 80 000 Arbeitern. Aber wie diese ersetzen? Nun, an Arbeitern ist kein Mangel. Ob man aber in den aus allen Gegenden Deutschlands bunt zusammengewürfelten Arbeitern eine gesügigere Arbeiterchaft wird bilden können, als aus der einheimischen, mit tausend Wurzeln in der Heimath verwachsenen? Oder ob nicht die 80 000 neuen Arbeiter erst recht die übrigen aus den noch wurzelnden autoritativen Ueberlieferungen herausreißen werden? Man hat bereits von der Einführung von Kulis gesprochen; ein Zeichen der patriotischen und nationalen Besinnung des kapitalistischen Proleteniums, welches zwar die schwungvollsten Phrasen von Vaterland und nationaler Ehre aufsticht, aber beide hinwegwirft, wenn sie nicht seinem Profit dienen. Was König Stumm verlangt, ist die Umwandlung der Arbeiter in Kulis, ebenso wie die Junker der Ostprovinzen die Arbeiter wieder an die Scholle binden, d. h. zu Leibeigenen machen möchten. Ob der Staat den ihm vom König Stumm hingeworfenen Handschuh aufnehmen oder die Oberherrschast desselben anerkennen wird? —

Als erste Partei bezeichnet die „Kölnische Zeitung“ die neue Partei Bismarck. Zehn Parteien sind bereits im Reichstage vertreten, die nationalliberale, die deutsch-konservative, die Reichspartei, das Centrum, die polnische, die deutsch-freimüthige, die Volkspartei, die sozialdemokratische, die elsaß-lothringische und die antisemitische. Die neue Partei ist nichts weiter als eine Partei nationalliberaler und freikonservativer Querköpfe ohne jeden Zusammenhang in den Meinungen und Interessen und vor allen Dingen ohne jeden Anhalt im Volke. Sie haben sich ein Scheinreich mit einem fingirten Kaiser und Bismarck errichtet, und auf diesem Scheinreich ihre eigene National-, Kolonial- und Sozialpolitik gegründet. —

Aus der Schweiz wird uns d. d. den 12. Januar geschrieben:

Im Winter 1891/92 litt die Schweiz, namentlich einzelne ihrer Industrien, unter der amerikanischen und französischen Zollpolitik und außerdem unter dem lähmenden Einfluß der allgemeinen wirtschaftlichen Krise. Die Folge davon war eine abnorme, umfangreiche Arbeitslosigkeit, die besonders in den Distrikten der Uhren- und Stickerel-Industrie allgemeine Nothstände herbeiführte. An aus höheren Gesichtspunkten geleitete Vorkehrungen dachte man jedoch nicht, wenn man nicht etwa die staatlichen Subventionen zum Anlauf des Patent der Dampfmaschinen dazu rechnen will — eine Staatshilfe, die sehr zweifelhaften Werthes ist. In diesem Winter hat die Arbeiterchaft der Stickerel-Industrie genügend Beschäftigung, aber bei den gezahlten Hungerlöhnen wohl so viel Geld mit Beschäftigung, als voriges Jahr ohne Beschäftigung. Die allgemeine Krise drückt übrigens heute noch ungeschwächt auf eine Reihe von Industrien, wozu nun noch mit 1. Januar der Zollkrieg mit Frankreich kam, der den schweizerischen Export nach Frankreich nahezu vollständig lahmlegt. Es giebt demnach Arbeitslose nach wie vor, und namentlich in den Industriezentren häufen sie in größerer Zahl vorhanden sein. Die Stadt Bern will unter öffentlicher Verwaltung eine Arbeiterlosenklasse einführen, die durch Beiträge der Arbeiter, der Unternehmer und der Gemeinde und außerdem durch „Geschenke“ dotirt werden soll. Der Beitritt zu der Klasse ist für die Arbeiter fakultativ. Der Monatsbeitrag des Arbeiters soll 40 Rappen (= 32 Pf.) betragen. Die Gemeinde soll 500 Franken pro Jahr beitragen. Nach sechsmonatlicher Mitgliedschaft und zweiwöchentlicher Arbeitslosigkeit wird eine tägliche Unterstützung verabfolgt von 1 Franken für ledige und 1.50 Franken für verheiratete Arbeiter. Bei selbstverpflichteter Arbeitslosigkeit, worüber das Reglement näher bestimmt, erfolgt keine Unterstützung. Die Verwaltung der Klasse soll von drei Vertretern des Gemeinderaths und je zweien der organisirten Arbeiter und Unternehmer gegeben sein. Die Klasse soll am 1. März ins Leben treten und auf nächsten Winter Unterstützung gewähren. — Der in dem Projekt liegende Gedanke ist unzweifelhaft Ausfluß von „Wohlfühlen“ gegen die Arbeiter, aber etwas anderes als Wasserlappen-Sozialreform ist demnach der ganze Plan nicht.

In Zürich beriefen für Montag, den 9. Januar, Vormittags die „Unabhängigen“ eine Versammlung der Arbeiterlosen ein, zu der sich circa 400 Personen einfanden, darunter auch Leute mit Arbeit, Studenten u. Es redeten Schweizer und Ausländer, unter letzteren namentlich Baginski, der den Rath gab, vor den „Schwanen“ (Wahhaus des Züricher Gräbnervereins) zu ziehen, wo die Kantonsräthe gerade beim Festessen schweben. Die von den „unabhängigen“ Rednern viel gebrauchten revolutionären Phrasen wurden von Seidel zurückgewiesen. Wie man aber die „Unabhängigen“ in der Schweiz denkt, hat sich bereits in der Bebel-Versammlung gezeigt. Ueber die rhetorischen Uebungen der „unabhängigen“ Revolutionstheoretiker vom Montag sagt der „Grütliamer“: „Die herrschenden Gewalten müßten beseitigt, nur mit dem Gewehr in der Hand kann geholfen werden. Der so in der Schweiz

reden kann, der deckt entweder ganz und gar die bestehenden Verhältnisse oder ist ein agent provocateur. So sprach seiner Zeit Epinel Schröder und andere Wiederwähler in öffentlichen Versammlungen, um den Eindruck, den sozialdemokratische Redner gemacht, abzuschwächen oder die Sache zu diskreditieren. Den Arbeitlosen hier in der Schweiz Gewalt anzupfehlen ist einfach Narrheit, wo nicht Schlimmeres."

Erreicht wurde in der Montagversammlung nichts als der Beschluß, eine zweite Versammlung einzuberufen. Die erste Bedingung wäre wohl eine genaue Kenntnis der Zahl der Arbeitlosen und dann Vertagung ihrer Sache durch die gesammelte organisierte Arbeiterschaft von Zürich. Diese kann aber nur darauf dringen, daß den Arbeitlosen von der Stadt und erforderlichenfalls vom Staat Beschäftigung verschafft werde und zwar unverzüglich, womit den darbedenden Arbeitlosen ungewissheit augenblicklich beseitigt wird, als durch theatralische Proklamation der sozialen Revolution. Und statt einer wirklichen Demonstration vor einer Anzahl Kantonsräthen, statt der reaktionären und arbeitersyndikalen Kantonsräthe, die nur das Kapital vertreten und in der demokratischen wie in der liberalen Partei vorhanden sind, ist es jedenfalls besser: Sozialdemokraten in den Kantonsrath und in das eidgenössische Parlament zu wählen. —

Die russische sozialrevolutionäre Gruppe, welche den Namen „Partei der alten Narodnaja Wolja“ („Volkswille“) angenommen hat, hat soeben die erste Lieferung ihrer „Materialien zur Geschichte der sozialistischen Bewegung in Rußland“ veröffentlicht, und eine Beilage hinzugefügt, die Fragen von augenblicklichem (aktuellem) Interesse gewidmet ist. Die erste Lieferung der „Materialien“ besteht aus einem Aufsatz P. Lawroff's: „Die Geschichte, der Sozialismus und die russische Bewegung.“ Dieser Artikel dient als allgemeine Einleitung. Die erste Nummer der Beilage enthält „Die Chronik der revolutionären Bewegung (in Rußland)“, Briefe aus Moskau, Saratoff und Irkutsk, Erinnerungen an N. Tschelgurowff, einen Briefwechsel P. Lawroff's mit russischen Offizieren, einen Wiederabdruck zweier revolutionärer Plakate, die in Rußland erschienen sind, u. s. w. —

Frankreich. Die Zahl der erlappten „Panamiten“ — so nennt man die Mitesser aus der Krippe des Panama-Fonds — wird von Tag zu Tag größer. — Für die Presse hat die Schwindelgesellschaft zwischen 80 und 90 Millionen Franks gezahlt. Wenigstens ist so viel bis jetzt festgestellt. Weitere Entdeckungen stehen aber noch bevor. Von dieser Riesensumme ist natürlich der Löwenanteil in Frankreich geblieben, aber verschiedene Millionen sind auch ins Ausland gegangen. Und es würde sich vielleicht verlohnen, auch in Deutschland einmal Rundschau zu halten. Wir kennen in Deutschland „kleine Leute“, deren Gesamt-Ersparnisse den Panama-Spitzbuben in die Hände gefallen sind. Und diese Leute sind schwerlich durch französische Blätter auf den Heim gelockt worden. —

Aus Paris schreibt man uns unterm 12. d. M.:

Wie sich voraussichtlich die 10. Januar, der Tag, an dem die französischen Kammern zur letzten Session zusammenzutreten, ohne sozialistische Demonstration verlaufen. Dafür sind andere wichtige Ereignisse an jenen Tage zu genug verzeichnen. Das Ministerium Ribot reichte seine Demission ein, um sich noch an demselben Tage neu zu konstituieren. Ribot wollte sich vor allem dem Kriegsminister Freycinet entziehen, dessen Name bei den Enthaltungen über den Panama-Schwindel so oft in missliebiger Weise genannt wird. Ebenso ist auch der vorige Ministerpräsident Loubet ausgedient, der bisher an der Spitze des Ministeriums des Innern stand. Ribot selbst ist sein Nachfolger geworden. Interessant sind die Hoffnungen, welche das einflussreiche und gut unterrichtete „Journal des Débats“ dem neuen Kabinett Ribot entgegenbringt. Es erwartet von ihm, daß es die Kammer verbinnere, seine Sitzungen mit aufregenden und unfruchtbaren Diskussionen zu vermeiden, daß es weder die Aufregungen der Redner in den öffentlichen Versammlungen dulde, noch die Ungeheuerlichkeiten gewisser Arbeitersyndikate, noch die Ausschreitungen gewisser aufständischer Gemeinde-Verwaltungen, noch die Skandale der Arbeitsbüros, kurz, daß es respektiert zu werden verdienen möge und energisch die öffentliche Ordnung aufrecht erhalte. Vorher hatte das Blatt an die „Schwäche“ des Ministeriums Loubet bei dem Streik von Carmaux und beim Ausbruch des Panama-Scandals erinnert. Das Programm des neuen Ministeriums soll also lauten: Erstens Entwidung der Panama-Affäre und zweitens energische Maßregeln gegen die Arbeiterbewegung. Thatsächlich bestand auch eine der ersten Maßnahmen des neuen Ministers des Innern darin, den Präsidenten des Tarn-Departements, zu welchem Carmaux gehört, zu sich zu rufen und ihn mit neuen Instruktionen zur Verhinderung der Wahl des sozialistischen Kandidaten zu versehen. Der Erfolg davon wird einfach der sein, daß der Sieg von Jaurès, wie er sicher am 22. Januar eintritt, einen direkten Schlag gegen das Ministerium Ribot bedeutet. — Ein weiteres für das politische Leben Frankreichs nicht unwichtiges Ereignis vom 10. Januar ist die Niederlage Floquet's bei der Wahl des Kammerpräsidenten. Floquet hatte bekanntlich im Dezember erklärt, als er im Ministerium gewesen sei, und die geheimen Fonds zur Führung des Wahlsfeldzuges nicht angedreht hätten, da habe er von befreundeten Finanziers aus dem Panama-Affärenkapital Gelder entliehen oder vielmehr die Vertheilung dieser Gelder an die Presse überwacht, um die Republik vor dem Ansturm der Reaktionen zu retten, und er glaubte, dabei seine Vollmachten als Minister nicht überschritten zu haben. Eine solche Theorie dürfte die tugendhafte Kammer nicht dulden, und Floquet, der bisher während der ganzen Legislaturperiode den Präsidentenstuhl inne gehabt hatte, wurde nicht wiedergewählt, eine wahre Großthat jener Tugendbolde in der Kammer, denen der mitangeklagte Finanzminister Souvieu mit latenter Hohn zugerufen hatte: „Meine Herren, hätten wir jene Gelder nicht angenommen, so säße die Mehrzahl von ihnen nicht hier!“ — Das dritte Ereignis des 10. Januar besteht in der ausdrücklichen Erklärung des Verwaltungsrats der Panama-Affären-Gesellschaft, Charles de Bessèpe, der frühere Minister Barhan habe von ihm eine Million verlangt, um den Plan der Aktionäre in der Kammer zu bekräftigen. —

Ein Gruppe sozialistischer, boulangistischer und radikaler Abgeordneter hat ein Manifest veröffentlicht, in welchem dieselben einen Appell ans Volk richten und die Einberufung einer konstituierenden Versammlung fordern. Unterzeichnet ist das Manifest u. a. von Cluseret, Millerand, Lafargue, Ferron, Bourde, Roche und Granger. Ein großes Meeting, dem sämtliche sozialistische Abgeordnete beiwohnen, und wo auch die Genossen Guesde und Roussel als Redner auftreten werden, soll im Anschluß an diese Kundgebung am 14. Januar stattfinden. Der Ruf „Verfassungsrevision!“ ertönt immer lauter und dringender, zumal diese Forderung jetzt nicht nur von den Boulangisten ausgeht, sondern von der ganzen sozialistischen Arbeiterschaft und dem linken Flügel der bürgerlichen Radikalen erhoben wird.

Ein Telegramm vom heutigen Tage meldet, daß die Regierung der Kammer ein Gesetz gegen das Termingeschäft der Börse vorlegen wolle. Nun, der Ruf: die Börse muß bluten! ist ansteckend. Und — man kann auch ohne Termingeschäft hinlänglich fehlen — das weiß man in Frankreich. —

Die Gladstone'sche Souveräne-Bill soll fertig sein. Sie sei „sehr weitgehend“; die irischen Abgeordneten würden, auch nach Annahme der Bill, vollständig im britischen Parlament bleiben, bis die irische Landfrage gelöst sei. Irland würde ein eigenes Parlament mit bloß einem Haus bekommen u. s. w. Vorläufig sind das bloß Gerüchte. Uebrigens wollen wir uns den Kopf des Herrn Gladstone nicht zerbrechen. Eins aber wissen wir: die Lösung der irischen Landfrage erlebt Herr Gladstone nicht, und auch nicht seine „liberale“ Partei. —

Vom Bergarbeiterstreik.

Aus dem Saarrevier wird uns geschrieben: „Am 12. Januar beschlossen, wie bereits bekannt sein wird, wenn dies Schreiben in Berlin eintrifft, die Streikenden die Fortsetzung des Ausstandes. Tags vorher war in den abseits gelegenen Dörfern des Kreises durch Polizeidiener ausgeschickt worden, alles sei angefahren. Gleiches geschah im Bagerischen. Geschäftsleute aus verschiedenen Ortschaften telegraphirten darauf nach allen Seiten, inselgedessen fuhr am 12. Januar mehr Bergleute an. Es streikten aber immer noch 20—22 000 Mann. Wahrscheinlich legt ein Theil der Angefahrenen wieder nieder, sobald die Täuschung erkannt wird. Sämtliche Gruben-Ausschußmitglieder und Knappschaftsälteste, die mit streikten, sind abgelegt. Die Bergbehörde will nur mit den arbeitenden Bergleuten verhandeln. In der Versammlung am 12. Januar erklärten eine Anzahl Leute, daß sie nach ihrer Ablegung auswandern und Frau und Kind der Gemeinde überlassen würden. Andere riefen, sie würden eine Mäuerbande bilden und was der zornigen Worte mehr sind, die in der Aufregung des Jornes gesprochen werden. Die Stimmung ist verzweifelt, ein Theil zu Allem fähig.“

Dagegen berichtet das Wolffsche Bureau in seiner Saarbrücker Depesche vom 14. Januar: Heute sind 21 840 Mann angefahren. Auf den Inspektionen Insbord, Heintz und Neunkirchen arbeitet alles. Die gestrigen Versammlungen in Bilsdorf und in der Ritterstraße waren nur schwach besucht. Der Streik neigt dem Ende zu.

Zur Charakteristik dieser angeblich amtlichen Angaben ist eine Bemerkung der im „Königreich Stumm“ erscheinenden „Neunkirchner Volksztg.“ von Werth. Dieses nichts weniger als dem Kapital feindliche Blatt schrieb am 6. Januar: „Die Arbeitsniederlegung ist jetzt eine vollständige. Zwar geben die amtlichen Zahlen noch täglich 6—7000 Mann als angefahren an, doch sind wahrscheinlich darunter fast gar keine Kohlenhauer; thatsächlich ist die Förderung auch gleich Null und was herauskommt, ist nicht viel werth.“

Ueber die angeblich wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern erfolgte Verhaftung mehrerer Bergarbeiter schreibt der „Vote von der Saar“ in seiner Nummer vom 14. Januar: „Man wird sich entsinnen, daß vor ca. 1 1/2 Jahren die Bücher des Rechtschutzvereins beschlagnahmt wurden. Es haben auch später eine Anzahl Vernehmungen in dieser Sache stattgefunden. Weiteres geschah jedoch nicht. Merkwürdig muß es daher berühren, daß jetzt auf einmal wo der Streik ausgebrochen ist, Verhaftungen wegen dieser Sache vorgenommen werden. Ebenso merkwürdig ist es, daß die Zeitungsberichte stattdessen Einblick in die Untersuchungsakten erhielten. Anders wenigstens können wir es uns nicht erklären, da die Blätter melden, Berwanger habe 2245 M. Vereinsgelder unterschlagen, Barken 411,35 M., Kron 1926,45 M. und Baumann 181 M. Oder sollte irgend ein Beamter einen Vertrauensmißbrauch begangen und den Zeitungen das Material geliefert haben? Wir zweifeln seinen Augenblick, daß ebenso wie im Haß Aklwardt, eine Untersuchung eingeleitet wird und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Wenn vielleicht mancher glaubte, daß durch die Verhaftungen die Bewegung geschwächt werde, so hat er sich gründlich getäuscht. In den zahlreichen und gut besuchten Versammlungen ist man einmütig für das Weiterstreiken. Von mächtigem Einfluß sind darauf die außerordentlich zahlreichen Frauenversammlungen, die in den letzten Tagen stattfanden. Die Frauen sind ganz begeistert für den Streik, zahlreiche Frauen melden sich zum Wort und fordern zum Ausmarsch auf. Der Begeisterung gegenüber versangen auch die Versuche, die Arbeiter zu schrecken, nicht. Auf einzelnen Gruben werden nämlich Abstreife an die Streikenden ausgegeben. Die Bergleute denken jedoch: Wange machen gilt nicht, und streiken ruhig weiter. Ein Ende des Streiks ist vorläufig noch nicht abzusehen.“

Aus dem nördlichen Kusstanzgebiet meldet das Wolffsche Bureau:

Essen a. d. Ruhr, 14. Januar. Bei der heutigen Morgenschicht sind nicht angefahren auf Zeche „Carolus“ 306 Mann, „Christian Levin“ 360, „Ren-Edin“ 630, „Wolfsbont“ 833, „Gustav“ 212, „Hibernia“ 1050, „Wilhelmine Victoria“ 1700, „Carolinenglück“ 18, „Heinrich Gustav“ 1137, „Consolidation“ 600, „Pluto“ 950, „Unter Fritz“ 600, „Glückselig“ 520, „Graf Faust“ 82, „Prosper I“ 364, „Dorussia“ 151, „Germania I“ 100, „Jollern“ 732, „Germania II“ 542, „Dorffeld“ 228, „Wendahlbau“ 215, „Kaiser Friedrich“ 134, „Luise Tiefbau“ 194, „Bismarck“ 709, „Ren-Herloh II“ 474, „Gottesseggen“ 88, „Freie Vogel“ 220, „Vöhringen“ 215, „Graf Schwerin“ 120, „Schnerbant Charlottenburg“ 85; neu hinzugekommen zum Streik sind „Prosper II“ mit 75 Mann, „Sieben Planeten“ mit 92, „Bruchstraße“ mit 268, „Margaretha“ mit 250 und „Zahlhauser Tiefbau“ mit 84. Wieder voll angefahren sind die Belegkapfen von „Nordstern“, „Videfeld“, „Caroline“ in Holzwickede und „Freiburg“. Auf 35 Zechen streikten heute 14 067 Mann, 2500 Mann weniger als gestern.

Das Vereinsgesetz scheint für Westfalen außer Geltung gesetzt zu sein. Ein Versammlungsverbot jagt das andere. Diese Verbote werden natürlich nur im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ ausgesprochen, beleiße nicht im Interesse der Kohlenbarone. Die zu den Versammlungsverboten fraktisierte Dynamit-Affäre, deren Urheber lediglich bezweckt haben können, den Bergleuten noch mehr Polizei und Militär auf den Hals zu schiden, wird unter den Streikenden mit herbstem Spott besprochen. Bergleute haben diese alberne Knallerei auch jedenfalls nicht verübt, denn ihnen könnte sie gar nichts nützen; andererseits ist, wie der Redaktion unseres Dortmund-Partei-Organs von sachmännlicher Seite mitgeteilt wurde, die ganze Geschichte so dumm und plump angefangen, daß sie jedem geschulten, in Sprengarbeiten ja von der Grube her bewanderten Bergmann zur Schande gereichen müßte.

Unter den Behörden scheint sich der Gelsenkirchener Pandrath an „Scheißigkeit“ besonders hervorzutun. Gegen das Verbot zweier Gelsenkirchener Versammlungen, in welchen u. a. Stellung gegen die Dynamit-Affäre genommen werden sollte, beschwerte sich der Einberufer beim Landrath. Dieser lehnte jede Unterhandlung ab, und warf, indem er das vom Bürgermeister ausgesprochene Verbot bestätigte, dem Beschwerdeführer den Zettel vor die Nase, welcher das Verbot enthielt. So berichtet die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“. Daß durch solche Handlungen behördlicher Organe die Bergarbeiter nicht befähigt werden, ist mit Händen zu greifen. Noch mehr wird ihre Erbitterung durch die Verfassungsmante gesteigert, die seit Beginn des Ausstandes in Westfalen grassirt. Das genannte Blatt theilt darüber aus Gelsenkirchen mit: „Grundlose Verhaftungen finden

zu Tausenden statt, und wiederholt werden die Verurtheilten ohne jegliches Verhör einfach wieder laufen gelassen. Selbst wenn sie wünschten, vor den Untersuchungsrichter geführt zu werden, kam man dem dennoch nicht nach und hielt sie unter allerlei Vorstellungen hin. So schafft die Polizei selbst die Märtyrer, welche die Ausständigen zur Macheiferung und Ausdauer anspornen müssen.“

Nicht nur die ultramontanen und sozialdemokratischen, sondern auch die dem Deutschfreisinn huldigenden Bergleute Westfalens erklären, daß die Lohnherabsetzungen, die neue Arbeitsordnung und verschiedene andere Maßregeln der Quell der Unzufriedenheit der Bevölkerung sind, also nicht eine Aufhebung durch Sozialdemokraten, wie „König“ Stumm in seiner Bornirtheit fabelte. Der in Gelsenkirchen domicilirte Generalrath des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins der deutschen Berg- und Grubenarbeiter erließ einen Aufruf, in welchem jenes ausgesprochen ist. Derselbe lautet: „Aufforderung! Wir fordern unsere Mitglieder auf, sich an dem in Aussicht stehenden Streik nicht zu betheiligen. Es ist nicht zu verkennen, daß die fortwährende Reduktion der Löhne, sowie die Einführung der normalen Arbeitsordnung und verschiedener Maßregeln, welche von den Zechen-Verwaltungen zu Ungunsten des Arbeiters eingeführt sind, zu großer Unzufriedenheit der Bergleute geführt haben. Wir erwarten die schnellste Einrichtung der gewerblichen Schiedsgerichte und Einigungsämter und fordern deshalb die kaiserlich königliche Regierung auf, die geeigneten Wege unbedingt schnellstens einzuschlagen, damit die Ausschüsse der Arbeiter vorstehende Uebel beseitigen können. Unseres Erachtens ist die Zeit nicht dazu angethan, erfolgreich streiken zu können, sondern eine Verständigung beider Theile auf gegenseitigen Wegen zu erstreben, wo dann unseren berechtigten Wünschen Rechnung getragen wird.“

Parteinachrichten.

Gegen die Militärvorlage fand ferner eine Protestversammlung statt in Böhde bei Herzberg am Harz (Referent Günther-Braunschweig).

Gemeindevahlen. Sachsen. In Lindenau bei Kößchenbroda brachte die Sozialdemokratie von drei aufgestellten Kandidaten zwei als Gemeindevorsteher durch; in Freibergsdorf bei Freiberg einen, sowie dessen Erbsmann; in Gehdorf bei Oederan siegte in der Klasse der Anfähigen die ganze Liste unserer Genossen, die sich nebenbei bemerkt zum ersten Mal selbstständig an der Wahl betheiligten.

Zustimmungserklärungen zu den Beschlüssen des Berliner Parteitags liegen noch weiter vor von den Parteigenossen des 9. Schleswig-holstein'schen Wahlkreises (Oldenburg-Plön).

Von der Agitation. Die „Frankf. Tagespost“ veröffentlicht einen Geschäftsbericht über die Fortschritte, welche unsere Partei im letzten Jahre im Wahlkreise Rürnberg-Fürth gemacht hat. Danach war die agitatorische Wirksamkeit im vergangenen Jahre lebhafter als sonst. In verschiedenen Orten des Wahlkreises haben zahlreiche Versammlungen stattgefunden, die, nach der Stimmung der Besucher zu urtheilen, für die Sozialdemokratie von gutem Erfolg waren. Als Versammlungsredner fungirten: Dr. Müdt, Diecknecht, v. Bollmar, Grillenberg, Oertel, Siebenbürger, Kämpfer, Vollmann, Löwenstein, Red, Zid und Segth. Mehrmals mußten Versammlungen unterbleiben, weil keine Redner zur Verfügung standen, öfters aber, weil keine Säle zu erlangen waren. In dem ausgedehnten Wahlkreise sind noch Orte, die seit zwanzig Jahren keinen sozialdemokratischen Redner gehört und nichts von uns gelesen haben, wenn sich nicht etwa einmal bei der Wahl ein Flugblatt dahin verirrt hat. Da können die Gegner uns ungestört verlästern und anschmähen, und es ist kein Wunder, wenn wir dann bei den Wahlen keine Erfolge erzielen. Aber es wird auch dort tagen! Denn wie aus dem Bericht hervorgeht, hat die „Tagespost“ im letzten Jahre auch auf dem Lande bedeutend an Abonnenten zugenommen. Und das ist ein gutes Zeichen. Wo die Presse hinkommt, da giebt's auch Licht und Leben.

Partei Finanzen. 9. Schleswig-holstein'scher Wahlkreis (Oldenburg-Plön): Einnahme vom 15. November 1891 bis 1. Dezember v. J. 239,70 M., Ausgabe 231,04 M.

Todtenliste der Partei. Gestorben in Striesen bei Dresden der Buchdrucker Nikolaus Dehl, bewährt unter dem Sozialistengesetz als ein furchtloser und thätiger Kämpfer für unsere Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Stedbrieflich wird jetzt der Kassirer des Rechtschutzvereins im Saarrevier, Nikolaus Berwanger, verfolgt. Berwanger hält sich versteckt, und jene seiner Arbeitsgenossen, welche er, nach den Angaben des Stedbriefes und des Herrschandelsministers von Berlepsch betrogen haben soll, bewahren das Geheimniß des Verstecks trotz der eifrigsten Nachforschungen auf das tiefste. Diese Thatsache spricht mehr als alles andere dafür, was von der seit zwei Jahren anhängigen Unterschlagungsankuldigung gegen Berwanger und Genossen zu halten ist.

— Zu zwei Jahren Gefängnis soll, wie wir auf dem Privatwege erfahren, der Parteigenosse Mathies aus Eßlingerode von dem Schwurgericht in Magdeburg verurtheilt worden sein. Mathies hat in einem der nachgerade berüchtigt gewordenen Stahlfurter Prozesse beschworen, an einem bestimmten Tage in einer Versammlung gewesen zu sein. Da die überwachenden Beamten Mathies aber nicht in der Versammlung gesehen haben, so wurde dieser des Meineids angeklagt und von den Magdeburger Geschworenen auch schuldig befunden. Im Laufe der Verhandlung soll bereits wieder ein Zeuge wegen Verdachts des Meineids in Haft genommen worden sein.

— Reichsländisches. Nach der „Frankf. Ztg.“ hat man in Straßburg i. E. nunmehr glücklicherweise gegen ca. 12 hervorragende thätige Sozialdemokraten Anklage erhoben. Diese sollen sich angeblich der Verächtlichmachung staatlicher Einrichtungen, des Ausschüßens aufständischer Rufe und ähnlicher Vergehen schuldig gemacht haben. Man hat sogar wegen des Auszugs: „Hoch lebe die revolutionäre Sozialdemokratie!“ Anklage erhoben. Gegen den Zigarrenhändler Böhle ist wegen der Äußerungen, die er in der Petri-Versammlung gethan haben soll und wegen deren er auf kurze Zeit inhaftirt wurde, die Eröffnung des Hauptverfahrens beschloffen worden. Die „Frankf. Ztg.“ heißt voraus, daß alle diese Verfolgungen unserer Partei nur nützen werden. Sie sagt darüber: „Die Wirkung des staatsanwaltlichen Vorgehens läßt sich leicht voraussehen. Im Lager der Sozialdemokratie herrscht angesichts der werdenden Kraft der Verfolgungen das Gegenheil von Entmutigung, unsomehr als in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle Freisprechung erwartet wird.“

Briefkasten der Redaktion.

E. C., Zeisheuerdorf. Gegen den berechtigten Vorwurf des Diebstahls kann der Betreffende nichts thun. M. N. in L. Die Kündigung ist, wenn nichts anderes vereinbart oder ordentlich ist, an jedem Tage zulässig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonntag, den 15. Januar. **Spernhaus.** Die Heze. Montag: Das goldene Kreuz. Die Puppenfee. **Schauspielhaus.** Die Quikow's. Montag: Die Jungfrau von Orleans. **Leistung-Theater.** Heimat. Montag: Dieselbe Vorstellung. **Wagner-Theater.** Der Probepfeil. Montag: Dieselbe Vorstellung. **Berliner Theater.** Hamlet. Montag: Medea. **Deutsches Theater.** Zwei glückliche Tage. Montag: Das Wintermärchen. **Avall's Theater.** Silvana. Montag: Margitta. **Viktoria-Theater.** Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. Montag: Dieselbe Vorstellung. **Reichers-Theater.** Familie Pont-Biquet. Montag: Dieselbe Vorstellung. **Kreuz Theater.** Die Vore. Die kleine Marquise. Montag: Dieselbe Vorstellung. **Friedrich-Wilhelmstadt Theater.** Das verunschöne Schloß. Montag: Dieselbe Vorstellung. **Adolph Ernst-Theater.** Modernes Babylon. Montag: Dieselbe Vorstellung. **Thomas-Theater.** Das Märchen der blauen Grotte. Vorher: "Othello's Erfolg" und "Das Versprechen hinter'm Heerd". **National-Theater.** Die Geier-Wally. Morgen: Wilhelm Tell. **Alexanderplatz - Theater.** Der Teufel, oder die Blinde von Paris. Montag: Der polnische Jude. **Apollon-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. **Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung. **Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung. **Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung. **Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Zum 22. Male: **Modernes Babylon.** G.-Jungspöffe in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets teilweise von G. Grass. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater. Neu! Neu! **Der Volksmund in Berlin,** versch. u. vorgetr. v. Alfred Bendor. Neu! Die Troler Duettisten Neu! **Geschwister Rainer.** Jeden Abend jubelnder Beifall des Saalredners Blank und der **Erdenwöhner** oder: Das Kind in der Kommode. Realistisch-parodistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus. Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum. Neu! Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum. **Tai-za-Wunder.** Geseinnigvollste Seelenwanderung. **Lotusblume.** **Fantoché-Theater.** Andere Illusionen. **Sämtlich ohne Extra-Entree.** Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Märkischer Hof Admiralstr. 18c. Jeden Sonntag im prachtvollen Spiegel-Saal: **Großer Fest-Saal.** Dessen zahlen für Tanz 50 Pf. Empfehle mein Lokal zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. 3551L **Vereinszimmer,** schön eingerichtet, empfiehlt für 20-30 Personen Blowerstraße 45 Reichstr. 9176 **Elegante Wäsche- und Garderobe** Große Hamburgerstr. 57 bei Werbelow.

Circus Renz.

(Karlstraße.) Sonntag, den 15. Januar 1893, 2 grosse Vorstellungen, Nachmittags 4 Uhr (ein Kind unter 10 Jahren frei): **Gr. Komiker-Vorstellung** mit zur Belustigung der Jugend besonders gewähltem Programm. Ab. 7 1/2 Uhr: **gr. Festvorstellung.** Zum 2. Male: **Ein Künstlerfest.** Große Ausstattung: Pantomime v. Hofballmeister Siems. Mit überrasch. Licht- u. Wassereffekten und auf das Glänzendste inszeniert vom Direktor **Fr. Renz.** Ballet von 100 Damen. Ferner **Mr. James Fillis** mit dem Schulsperd **Markir,** sowie Vorführen und Reiten der bestbesetzten Freiheits- und Schulsperde. Auftreten sämtl. Künstler-Spezialitäten ersten Ranges. Montag, Abends 7 1/4 Uhr: Große Vorstellung mit neuem Programm und **Ein Künstlerfest.** **Fr. Renz, Direktor.**

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse. Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend. Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung** mit großem Programm. **Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonnt. 6 Uhr.** Kaffeeöffnung 1 Std. vorher. **Entree 50 Pf.**

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. **The Maatwoods,** Mephisto-Alt. preisgeln. **3 Schwest. Beretti,** Kunst-Nachfahreninnen amerikanische Produktion auf der freistehenden Leiter. **Brajelli,** Jongleure und Equilibristen. vorzügl. **Mr. Kappos-Jenny,** Instrumentalist. **Mlle. A. Bollena,** Instrumentalist. **The Lee's,** unbewachte Momente zweier Negerflauen. m. f. dressierten Niesen-Doggen. **Mr. Barnum,** Original-Original-Pannemann. **Theod. Zierrath,** Pannemann. **Lilly Bellini,** Kostüm-Soubrette. **Anfang Wochentags 8 Uhr.** **Entree 50 Pf.**

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Täglich: **Instrumental-Konzert.** **Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Auswahl von **Vahnerhofer Lagerbier,** hell und dunkel. **An Sonn- und Festtagen** findet das Konzert in den oberen Sälen statt. **Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.** Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79. Täglich: **Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger.** Kinder 10 Pf. Wochentags frei. **Sonntags 30 Pfennig.** **Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.** **Zwei Säle** zu Versammlungen und Vergnügen, sowie 6 Billards und 3 Regalbahnen. **F. Sadtke.**

Aktien-Brauerei Friedrichshain am Königssther. Heute, **Sonntag: Grosses Instrumental-Konzert** **W. Böhme** unter Benutzung der neuen großen **Konzert-Orgel.** **Anfang 4 1/2 Uhr.** **Entree 30 Pf. Kinder frei.** Programm unentgeltlich.

Schmiedel's Festsäle

Alte Jakobstr. 32, neben dem Thomas-Theater. Empfehle meine elegant ausgestatteten **Säle,** elektrisch beleuchtet, Theaterbühne etc. zur Abhaltung jeder Art Festlichkeit unter kulantesten Bedingungen. **G. Schmiedel Wwe.** Allen Freunden u. Genossen empfehle mein **Weiß- u. Pilsener-Bier-Lokal.** Vereinszimmer in Pianino zu vergeben. 932b) **G. Schötziok,** Cuvrystr. 46. **Vereinszimmer, Eimeinst. 23, Plia.**

Unserm Vereinsbruder **G. Becker** zu seinem **Wiegensfest** ein donnerndes Hoch, daß die ganze Waldemarstraße wackelt. Die durstigen kehlen von 18.

Unsern Freunde und Genossen **G. Deise** zu seinem 24. Wiegensfest ein dreimal donnerndes Hoch! Die Saufbrüder des Kurzschen Restaurants, N., Friedrichstr. 73. 921b **Hoffentlich werden wir auch heifer?**

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthhe

Berlin und Umgegend. **Todesanzeige.** Hierdurch erfülle ich die traurige Pflicht, den Mitgliedern des Vereins von dem am 12. d. M. erfolgten plötzlichen Todesfall unseres Mitgliedes, **Herrn Adolph Laege** Kenntniß zu geben. Der Verein wird demselben ein dauerndes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet heute, Sonntag, Nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Fürbringerstr. 22 nach Mariendorf, Feldstraße, statt. Um zahlreiche Theilnahme wird dringend ersucht. **H. e. e., Vorsitzender.**

Todes-Anzeige. Allen Mitgliedern des Wahlvereins für den zweiten Wahlkreis zur Nachricht, daß unser treues Mitglied der Schankwirth **Adolph Laege** am 12. d. M. plötzlich verstorben ist. Der Verein wird dem Genossen ein dauerndes Andenken wahren. Die Beerdigung findet heute, Sonntag, Nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Fürbringerstr. 22 nach dem Heiligen Kreuz-Kirchhof in Mariendorf, Feldstraße, statt. Um recht rege Theilnahme wird dringend ersucht. **Der Vorstand.**

Den Sangesbrüdern der **Kreuzberger Harmonie** zur Nachricht, daß die Beerdigung unseres Mitgliedes **A. Laege** am Sonntag Nachmittags Punkt 2 1/2 Uhr vom Trauerhause Fürbringerstraße 22 nach dem Kreuzkirchhof in Mariendorf, Feldstraße, stattfindet. **Der Vorstand.**

Nach langen schweren Leiden verstarb am 13. d. M. früh 5 Uhr meine liebe Frau, unsere Mutter **Emilie Höflich,** geb. **Gottschalk.** Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des St. Jakobskirchhofes aus statt. Um stilles Beileid bittet **Max Höflich,** nebst Kinder.

Kranzbinderei und Blumenhandlung. **J. Meyer,** Berlin S. O., Wienerstr. 1. (in der Ecke bei der Mantuffelfür.) liefert Guirlanden pr. Meter von 15 Pf. an, Cottillonbouquets von 1 M. pr. Duz. an. Auswahl in Topf- u. Zimmerpflanzen wie Bindezweigen „gut u. billig.“ N. B. zum Fest bitte zeitig genug abzuholen (bis 3 Uhr Nachmittags). 84762

Klinitspreise für Zähne etc., alles schmerzlos, a. Theilzahlg. [54/26 **Fr. Olga Jacobson,** Invalidenstr. 145, II.

Klinik Neue Köpstraße 3. Schmerzlos: Zahnziehen 1,00, Füllen 1,50, Zahnreinigung v. 1,00; Theilzahlung. **Cohn, Zahnarzt.** **Poliklinik** unentgeltlich.

Schmerzlojes Zahn-, Nerven-, Säure-, Goldsteinstr. 32. Hiermit warne ich Jeden, meinem **Stiefsohn Johann Schulz** etwas auf meinen Namen zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 915b **G. Lehmann,** Köpenickerstr. 168.

Kinderwagen

Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. D. v.** **F. Pietsch, Tanz-Institut.** Ein neuer Lehrkurs für Damen u. Dn. beg. Sonntag, 15. Januar, Nachm. 4 Uhr, **Meld. Abalberstr. 8** und bei Beginn des Unterrichts. Im 2. Institut **Brennerstr. 72** beg. Montag, 16. Januar, Abds. 8 Uhr, e. neuer Lehrkurs. **Meld. Thurmstr. 37** bei Schellhase u. b. Beginn des Unterrichts. 773b

Concordia-Festsäle

C. Säger Andreasstr. 64 und Krautstr. 38. Größtes und schönstes Pracht-Etablissement der Residenz. Heute, sowie jeden Sonntag: **Gr. Instrumental-Konzert.** Anfang 5 Uhr. **Entree 30 Pf.** Nach dem Konzert: **Grosser Ball,** ausgeführt von 2 stark besetzten Orchestern. Meine auf das komfortabelste eingerichteten großen und kleinen Säle, sowie 5 neue Regalbahnen, Billard und Vereinszimmer, stehen den geehrten Vereinen zur gest. Benutzung unter kulantesten Bedingungen. 49/15

Achtung! Drei grosse Volks-Versammlungen

- finden in folgenden Lokalen statt:
1. Am Donnerstag, den 19. Januar, im „Eiskeller“, Chaussee-Straße.
 2. Am Montag, den 23. Januar, in der „Unions-Brauerei“, Hasenhaide.
 3. Am Mittwoch, den 25. Januar, im „Böhmischen Brauhause“, Landsberger Allee 11-13.

Tages-Ordnungen:
1. Die Frauen des Proletariats und der Militarismus.
2. Die Frau in der Industrie und ihre Thätigkeit daselbst. 156/3
3. Die Iox Feinge.

Referentin in allen Versammlungen:
Frau Klara Zetkin aus Stuttgart.
Die Frauen-Agitationskommission.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Dienstag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr, in **Feuerstein's Lokal,** Alte Jakobstraße 75 (oberer Saal): **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen (auch der Arbeitslosen) wird gebeten. 870/4 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Dienstag, den 17. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „**Urania**“, Wrangelstraße 9/10. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Mattutat** über Spiritismus und Hypnotismus. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Die **Zahlstellen** des Vereins befinden sich im 239/14 **Osten.**

W. Lock, Friedrichsbergerstr. 11.	Südosten.
O. Zabel, Frankfurter Allee 90.	F. Zabel, Raunaystr. 86.
E. Böhl, Frankfurter Allee 74.	K. Scholz, Wrangelstr. 82.
Ungerling, Breslauerstr. 27.	G. Schulz, Rottbuser Platz.
Spieckermann, Markusstr. 6.	B. Stabernaok, Wrangelstr. 85.
Ratke, Krautstr. 48.	P. Spindler, Reichensbergerstr. 118.
H. Gumpel, Barnimstr. 42.	Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Montag, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des **Herrn Müller,** Johannstraße 20: **Große Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Bogtherr** über „Deutschlands Panama“. 2. Diskussion. 3. Rassenbericht. 4. Wahl von Revisoren. 5. Verschiedenes. 878/4 **Der Vorstand.** NB. Die **Zahlstellen** des Vereins befinden sich bei den Genossen **Krüger,** Hirtenstr. 10, **Wagener,** Neue Königstr. 89, **Wittchow,** Al. Hamburgerstr. 27, **Weber,** Landsbergerstr. 41. Das **Stiftungsfest** des Vereins findet am 25. Februar bei **Böhme** statt.

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter

und verwandter Berufsgenossen. (Zahlstelle Berlin.) Dienstag, 17. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im „**Dresdener Garten**“, **Dresdenerstraße Nr. 45:** **General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **R. Köster** über: „Die Errungenschaften in der Astronomie und die Religion.“ 2. Diskussion. 3. Wahl des Ausschusses. 4. Rassenbericht. 5. Bericht der Agitationskommission. Der wichtigen Tagesordnung halber wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen dringend gebeten. **Gäste,** sowie unsere Berufsgenossen stets willkommen. 168/3 **Der Vorstand.**

Glaser.

Am Dienstag, den 17. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, findet in **Gratweil's Bierhallen,** Kommandantenstraße 77/79 eine **Gr. öffentliche Versammlung** statt mit folgender Tages-Ordnung: 1. Vortrag „Die sanitären Verhältnisse der Arbeiter“. Referent: Herr **Dr. med. Hermann Weyl.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten findet **Zeller-Sammlung** statt. 165/3 **Zahlreiches Besuch** erwarten **Die Vertrauensmänner.**

Öffentliche Versammlung

der Mitglieder der Ortskasse der Schuhmacher am Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, bei **Th. Boltz** (früher Feuerstein), Alte Jakobstraße 75. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Zadek** über: Das Wesen der Kassen und freie Artzwahl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Es wird gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. 275/8 **Der Einberufer.**

Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Buch-, Papier- und Lederwaren-Industrie.

Montag, den 16. Januar 1893, Abends 8 1/2 Uhr: **General-Versammlung** bei **Th. Boltz,** Alte Jakobstraße 75. Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Rassenbericht. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes. 118/17 **Der Vorstand.**

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

21. Sitzung vom 14. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bötticher, v. Berlepsch. Eingegangen ist eine weitere Sammlung von Allenstädten betreffend Sainoa.

Die Besprechung der Interpellation Auer-Singer wegen des wirtschaftlichen Notstandes wird fortgesetzt.

Abg. Hise (Z.): Aus den bisherigen zweitägigen Verhandlungen ist mir noch nicht klar geworden, welchen praktischen Zweck die Interpellation gehabt hat. Der Wirkung außerordentlicher Nothstände entgegenzutreten ist in erster Linie Aufgabe der Gemeinden. Ein Recht auf Arbeit erkennen wir nicht an, wohl aber ein Recht auf ein „Existenzminimum“, und daher die Pflicht der Gemeinden, in Zeiten der Noth alles zu thun, um durch außerordentliche Maßnahmen der Noth zu steuern. Daneben hat aber die sozialdemokratische Partei auch große organisatorische Maßnahmen von seiten des Reichs angeregt; in den Vorschlägen der Herren Liebknecht und Auer war aber das Neue wie gewöhnlich nicht wahr und das Wahre nicht neu. Die Verlängerung der Arbeitszeit wollen wir alle. In dieser Beziehung hat aber der Reichstag in der Gewerbe-Ordnung bereits den eifrigsten Arbeitstag als Norm vorgeschrieben; der Bundesrat hat das Recht weiterer Herabsetzung der Arbeitszeit in gewissen Betrieben erhalten. Wir sind also mit den Sozialdemokraten auf demselben Wege, besorgen nur ein anderes Tempo. In dem Achtstundentag finden wir kein Mittel zur Besserung, sondern diese Einrichtung würde nur die Arbeitslosigkeit vermehren!

Was die Sonntagsruhe betrifft, so hoffe ich zuversichtlich, daß sie für die Fabriken spätestens am 1. April eingeführt wird. Die Abschaffung der Kinderarbeit wird nicht besser; würde man das Verbot gar auf die jugendlichen Arbeiter von 14-16 Jahren erstrecken, so wäre das gleichbedeutend mit einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Von einer Abschaffung der Frauenarbeit spricht Herr Liebknecht heute nicht mehr; früher haben wir mit ihnen auf dem Standpunkt gestanden, daß die verheiratete Frau nicht in die Fabrik gehört. Praktisch haben Sie uns also nicht auf diesem Gebiete unterstützt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Umgekehrt!) Sollten die Sozialdemokraten wirklich hier im Hause zu einer ausschlaggebenden Zahl werden, so werden die Arbeiter von einer praktischen Fortbildung des Arbeiterschutzes nicht mehr zu erwarten haben. Das Koalitionsrecht des Arbeiters haben wir heiß verteidigt, wir begrüßen die zustimmende Erklärung des Ministers und mahnen ihn nur, nicht durch Maßnahmen gegen einzelne Führer dieses Recht zu beschränken. Ferner hat Herr Liebknecht die Schutzpolizei-Politik angeklagt und ist dabei von Herrn Barth in nicht ganz logischer Weise unterstützt worden. Er nennt den Panama-Standal eine Frucht des Schutzpolizei-Systems. Was würde er sagen, wenn wir behaupteten, er sei die Frucht einer jüdisch-liberalen Regierungspolitik? Die Schutzpolizei sollen nicht die Rente vermehren, sondern auf einer solchen Höhe erhalten, daß die Arbeit erhalten bleibt und die Arbeiter beschäftigt werden können. Gerade der jetzige Nothstand beweist die Nothwendigkeit des Schutzpolizei-Systems. Die Preise sind trotz des Schutzpolizei-Systems so niedrig wie je; ist aber mit diesen niedrigen Preisen dem Volke geholfen? (Zuruf links.) Die Kritik der bestehenden Zustände durch die Sozialdemokratie durch Marx und Lassalle kennen wir nun 20 Jahre, sie ist in die Wissenschaft übergegangen; es wäre nun doch endlich an der Zeit, positive Vorschläge zu machen, wie geholfen werden soll. Diese Vorschläge machen Sie nicht. (Abg. Bebel: Sie folgen ja doch nicht!) Die Unregelmäßigkeit der Produktion zu beseitigen wird nie gelingen, so lange nicht die Konjunktion vorgeschrieben ist, so lange noch auswärtige Märkte bestehen, so lange nicht die ganze Welt unter einem republikanischen Präsidenten steht, so lange man nicht die Ernten und das Wetter regeln kann. Zur Frage des Streiks an der Saar bemerke ich nur, daß der Minister seine Ursachen richtig angeführt hat. Es war eine gewisse Verbitterung, Nachhall von 1889, und die Heereien und Zettelungen der Führer, welchen der Boden unter den Füßen wankte, welche ihn benutzen, um ihr schwindendes Prestige aufzufrischen. Wollten die Arbeiter doch endlich einsehen, daß sie nicht Heer, sondern die besten ihres Standes, die ruhigen und Besonnenen an die Spitze ihrer Organisation stellen müssen! Ich freue mich, daß die Sozialdemokraten jede Solidarität mit diesen Führern abgeschüttelt haben. (Zwischenruf links: Barlen ist ja Ihr Mann; er ist katolisch!) Es war jedenfalls nicht sörberlich, daß die ganze Angelegenheit hier zur Sprache gebracht wurde, nachdem der Krieg einmal ausgedroht war. Die Aufregung unter den beteiligten Arbeitern wird dadurch nur noch vergrößert. Die Maßregel der Einführung eines gewissen Befähigungsnachweises durch das Institut der Lehrhäuser ist

im preussischen Abgeordnetenhaus namentlich auf unser Betreiben angenommen worden, und ich erkläre hiermit mich und meine Partei nochmals mit dieser Maßnahme solidarisch. Für die darin liegende Vorbildung spricht auch das Standesbewußtsein des Arbeiters. Jeder Arbeiter will es zu etwas bringen, er will vorwärts kommen, und diese Stufenleiter ermöglicht ihm das. Wenn diese Einführung einer Zwischenstufe zwischen Schleppern und Hülshauern zu dem Streik mitgeführt hat, so ist das nur ein Beweis dafür, daß dort die jugendlichen Bergarbeiter die alten erfahrenen Bergleute tyrannisieren. Die Versärfen sind mehr zu beklagen, als zu verdammen. Aber auch die Führer soll man nicht durch unüberlegte Maßnahmen zu Märtyrern machen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Die Arbeitslosigkeit in den großen Städten ist die Folge der Entvölkerung des platten Landes und diese die Folge der Maßnahmen, welche seit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck getroffen worden sind. An diesen Maßnahmen ist das Zentrum mit schuld. Es hat im Bunde mit den Freisinnigen die Regierung zu den Maßnahmen gedrängt, deren Früchte wir jetzt ernten. Die Grenzsperr gegen Rußland und Oesterreich ist aufgehoben; die Folge ist die völlige Verfeuerung Deutschlands mit Maul- und Klauenpeste. Das amerikanische Schweinefleisch ist wieder zugelassen worden; noch heute meine ich, daß die Untersuchung dieses Fleisches nicht so gründlich ist, um uns vor den Trichinen zu bewahren. Die Judentransportprämie ist herabgesetzt und dadurch die Konkurrenz des französischen Judentums und bedrohlich nahe gerückt worden. Die Handelsverträge haben verhängend gewirkt; die Getreidezölle sind auf 350 M. herabgesetzt, während die Regierung bei der letzten Erhöhung 6 M. verlangt hatte. Dem Brennererweiterer wollen Sie die angebliche Liebelage entziehen; es scheint mir, wenn Sie dieses verrückte Märchen selbst glauben. (Heiterkeit links.) Die Maßnahmen gegen die nationale Landwirtschaft scheinen noch gar nicht zu Ende zu sein, denn erst heute liest man wieder in offiziellen Zeitungen von den Fortschritten der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland. In der Währungsfrage bleibt man auf dem gegenwärtigen für die Landwirtschaft verderblichen Wege. Wenn Herr Bebel mich neulich mit der Autorität von Marx abfertigte, so ist es für mich hart, mit Herrn Marx, diesen materialistischen Atheisten, als Autorität vorzuführen zu lassen. Marx belehrt aber auch nur die alten manchesterlichen Theorien nach, so sehr er sonst ein origineller gewisshafter Denker und Forscher gewesen ist. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes war eine sehr bedenkliche Maßregel. Unter diesem Gesetze brauchte die Bundesverwaltung keine Sozialdemokraten unter der Belegschaft zu dulden. Jetzt zeigen sich die mißlichen Folgen der Aufhebung. Es müßte nicht gerade ein Ausnahmengesetz neu gemacht, sondern allgemein eine Verklärung der bezüglichen Bestimmungen im gemeinen Recht eingeführt werden. Wenigstens in dem Klumpflecht, wie es im Januar 1890 beschloß war, hätte das Sozialistengesetz angenommen werden sollen; die Deutschkonserativen haben das verweigert, wie es feststeht, aus Mißverständnis, weil sie glaubten, damit einem Wunsche des Fürsten Bismarck zu entsprechen. Der Fürst hat mir später selbst bestätigt, daß es ihm nie eingefallen wäre, so etwas nur anzudeuten. Wenn wir es aber nicht erhalten können, dann müssen die Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze verschärft werden. Die Harmonie der Interessen existiert thatsächlich; auf dieser beruht ja das ganze Arbeiterrecht-Gesetz. (Beifall rechts.)

Abg. Hirsch (Df.): Es ist noch nicht lange her, daß man die Verhältnisse und Gesinnungen der Bergarbeiter als musterhafte hinstellte, und wo man daraus ausging, diese auf die gesamte übrige Arbeiterschaft, event. durch Zwangsmaßnahmen zu übertragen. Das wurde bekanntlich bei der Unfallversicherung ganz besonders empfohlen. Wie hat sich das doch in wenigen Jahren verändert! Nirgends mehr Unzufriedenheit und Verbittern als in diesen Kreisen. Die alten patriarchalisch-bureaucratischen Einrichtungen bei den Bergarbeitern sind eben unhaltbar geworden, kirchliche und weltliche Autoritäten sind im Nu beseitigt worden; die Bergleute, unselbständig in ihrem Denken und Handeln, sind die Leute der Führer geworden. Nun empfiehlt man von allen Seiten die größte Strenge und Schärfe gegen die Aufrührer. Ich halte diese Vorschläge für verderblich. Ich freue mich, daß der Handelsminister davon nichts wissen will. Unklar ist mir nur, was er über die zukünftige Haltung der Behörden gegen den Rechtschutzverein gesagt hat. Es schien, als ob er andeuten wollte, daß der Verein durch einen Staatsministerialbeschluss geschlossen werden sollte. Wenn der Verein sich gegen die Gesetze vergränzt hat, wird die Regierung berechtigter Weise dagegen einschreiten; wenn das aber nicht der Fall ist, wird man hoffentlich das Koalitionsrecht nicht durch eine solche Maßregel beeinträchtigen. Das Nothstandsverbot ist, leugnet niemand, aber ein außerordentlicher Nothstand, wie ihn die Interpellanten behaupten, der außerordentliche Abwehrmaßnahmen nötig macht, ist nicht vorhanden. Es handelt

sich ja auch nicht um die Arbeitslosen allein; auch bei den Beschäftigten ist Noth genug vorhanden. Dem gegenüber ist es allerdings charakteristisch, daß Herr v. Kardorff nur bei der Landwirtschaft die Noth anerkennt und sie in dem billigen Preise der Nahrungsmittel begründet findet. Daß das Mütteln am Schutzpolizei die jetzigen unerfreulichen Störungen hervorgerufen hat, wie Herr Hise und Herr v. Kardorff behaupten, ist eine Umkehrung der Thatsachen. Das Schutzpolizei-System wurde ja gerade damit empfohlen, daß es derartige Störungen und Stockungen unmöglich machen könne. Daraus ist es zur Ausnahme und Durchführung gelangt und erst im vorigen Jahre etwas gemildert worden. Ständen wir noch unter dem Drucke der unverminderten Schutzpolizei, dann hätte der jetzige strenge Winter an Nothstands-Erscheinungen nicht seinesgleichen gehabt. Ein schablonenhafter Maximalarbeitstag hat keinen Nutzen, würde jedenfalls von sofortiger Wirkung nicht sein können. Die Gewerbenovelle sollte neues Leben in die Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern hineintragen; da müssen die Arbeitgeber willig mitwirken, um diese Beziehungen erfreulicher zu gestalten. Die Verheißungen der früheren Jahre müssen zur Wahrheit gemacht werden. Es muß ein humanes Arbeitsverhältnis mit ausländischen Löhnen und mäßiger Arbeitszeit hergestellt werden.

Abg. Möller (Nl.): Ob seitens der Bergbehörden an der Saar richtig verfahren wurde, kann ich aus eigener persönlicher Anschauung nicht beurtheilen. Der Streik an der Ruhr ist noch viel ungerechtfertigter, als der erstere. Er ist lediglich aus einer Art Infektion, aus einer geistigen Epidemie, ohne verständigen Grund entstanden. Ich hoffe, daß der Minister, wie er sich in die Maßnahmen seiner Bergverwaltung an der Saar nicht eingemischt hat, dies auch bezüglich des Ruhrstreiks nicht thun wird. Diejenigen Führer, welche heute leichtfertiger Weise in Westfalen die Arbeit niederlegen, haben eine verhängnisvolle Verantwortung auf sich geladen. Wenn die gesammte Belegschaft nicht zur Arbeit zurückkehrt, so könnte damit wohl eine einzige Zeche in Schwierigkeit gerathen, der ganze Bezirk aber nicht, denn die Produktion ist so zurückgegangen, daß mit viel weniger Arbeitern auszukommen sein würde. Die Lohnverhältnisse in den Bergwerksdistrikten in Westfalen sind gute, die Löhne für die Arbeit über Tage sind seit 1888 fortwährend gestiegen von 2,69 auf 3,54 M. im Jahre 1891, dem entsprechend die Löhne für die Arbeit unter Tage. Sie sind nicht ganz so hoch wie an der Saar, aber immerhin verhältnismäßig befriedigend. Ueber die Arbeitsordnungen ist hier in verschiedener Richtung viel geändert worden. Ich hatte bei der Beratung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle ausgesprochen, daß ich die Arbeitsordnung für gut, aber die obligatorische Anordnung der Arbeiter vor ihrem Erlaß für einen Fehler halte. Vorgänge an der Saar haben meine Meinung bestätigt. Jedenfalls soll die Regierung die Mittel finden, die Arbeitswilligen zu schützen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unter die Streikenden schießen!) Ich möchte nicht, daß zwischen Bergarbeitern und Arbeitgebern die Verhältnisse der Arbeitszeit unter das Durchschnittsmaß der täglichen Leistung eines Arbeiters ist vom Uebel. Den Vorschlag des Herrn Hise, den Unfallversicherungs-Berufsgenossenschaften die Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit zu übertragen, muß ich als Zukunftsmissiv bezeichnen, denn die Voraussetzung dazu ist die Organisation der Arbeiter und diese Organisation ist unmöglich, so lange sich die Arbeiter von politischen Parteien beherrschen lassen, welche den Umsturz der bestehenden Verhältnisse erstreben. (Zuruf des Abg. Hirsch: Die Gewerksvereine auch!) Auch die Gewerksvereine werden von einer politischen Partei beherrscht. (Weiteres links.) Die Maßnahmen, welche von der preussischen Bergverwaltung haben ergriffen werden müssen, bedauern auch ich, hoffe aber, daß die Verhältnisse sich baldigt konsolidiren werden.

Preussischer Handelsminister von Berlepsch: Auch an der Saar steigen die Löhne seit 1889 beständig. 1890 betrug der Tagesdurchschnitt 3,79, 1891 3,89 M. Die Schwankung der Löhne ist an der Saar nicht anders gewesen als an der Ruhr. Die Differenz bewegt sich zwischen 40 und 85 Pfennig zu Gunsten der Arbeiter.

Abg. Wiffner (Wid) wendet sich gegen die Ausführungen der Abgg. Grafen Kanitz und v. Kardorff, daß der Rückgang des kleinen Bauernstandes und die Abnahme der Zahl der bäuerlichen Besitzungen nicht durch den Großgrundbesitz, sondern durch die Güterschlächtereien veranlaßt war. Das Schlimmste leiste die protektionistische Wirthschaft, die nur die Rente des Großgrundbesitzes steigere, aber wie im Branntweinsteuergesetze, die kleinen Vortheile vernichte, welche der kleine Grundbesitz bis dahin noch aus industriellen Betrieben zog. Wir fordern gleichmäßigere Verteilung des Grundbesitzes und Zurückführung des Großgrundbesitzes auf seine eigene Kraft, während er jetzt nicht durch eigene Kraft, sondern durch die Mittel der ganzen Nation erhalten wird. (Lachen rechts.)

Abg. Dreesbach (Soz.): Wenn die Versammlungen der Arbeitslosen den Minister von Bötticher nicht bestimmen können,

Sonntagsplauderei.

R. C. In den Annalen des modernen Kürschner-gewerbes ist ein Winter, wie der diesjährige, lange nicht dagewesen. In den Zeitungen mehren sich die Aufrufe, in denen aufgefordert wird, die Böglein nicht verhungern zu lassen, unter den Menschen kann ein Nothstand glücklicher Weise nicht gefunden werden. Ein weißes unabsehbares Leichentuch deckt die Erde und die schmiegsamen, reinlichen Falten verhüllen alles, was sonst dem Auge unangenehm auffällt. Findet man hinter einem Baum einen Todten, so eilen Kundige von allen Seiten herbei und es entsteht die Frage, ob der Schweigsame verhungert oder erstorben sei. Die Wirkung ist wohl schließlich dieselbe, in jedem Falle aber trägt er selbst Schuld an dem für seine Umgebung so lästigen Vorfall: hätte er sich gejättigt, wie einem gebildeten Menschen zukommt, so wäre er nicht verhungert — würde er einen Platz am warmen Ofen nicht verlassen haben, so hätte er unmöglich erfrören können. Es handelt sich also stets um sträflichen Leichtsinns, und gegen den Leichtsinns können doch keine Gesetze gemacht werden. Wie sollten Gesetze beschaffen sein, die einen so bodenlos leichtfertigen Menschen schlagen könnten?

So hat denn auch Herr von Bötticher Recht, wenn er den Nothstand ableugnet. Wurde einst im preussischen Herrenhause eifrig nach einer verhungerten Lehrermittwe gefragt, und konnte damals schon diese starke Nachfrage durch kein Angebot befriedigt werden, so soll es überhaupt noch nicht vorgekommen sein, daß ein Minister verhungert ist, wenigstens nicht auf offener Straße. Einer Lehrermittwe, wenn sie obstinat wird, ist alles Mögliche zuzutragen, sie verweigert womöglich die Nahrungsaufnahme, während doch ein Minister stets aus der Hand ist. In Afrika, bei unseren schwarzen Landleuten soll es

bidweilen vorkommen, daß irgend ein schmackhafter Würdenträger die Tafel seines Gebieters zieren muß, wozu sämmtliche Kanonen geladen werden, aber wir leben hier unter den Segnungen einer rauchlosen Kultur und kleinkalibrigen Zivilisation, so daß also irgendwelche gastronomische Ausschreitungen nicht zu befürchten sind. Aber was nicht in den Alten steht, das befindet sich überhaupt nicht in der Welt. Es hat sich bisher noch kein Staat an die hochweise Reichsregierung von wegen des Nothstandes gewandt, folglich besteht ein solcher nicht — denn alle Gewalthaber sind schließlich nicht so klug wie der Amtsvorleser von Schöneberg, der jedem Arbeitslosen einen Schymann zuteilt, der in seiner antiken Eigenschaft darauf aufpassen muß, daß die Arbeitslosen nicht die Hände röhren. Trotz aller neuen Bazillentheorien ist die Kurmethode des ehrwürdigen Doktor Eisenbart doch immer noch die alleradäquatste: den tollen Hunden schneidet man die Schwänze ab, dicht hinter dem Kopf, und die armen Leute schlägt man am besten ganz todt, dann hört wenigstens das ewige Gewinsel und Gejammer von selbst auf.

So also kennen wir keinen Nothstand, und wenn der Himmel nicht ein Einsehen gehabt hätte, und hätte uns nicht den reichlichen Schneefall beschert, so hätten es die Arbeitslosen vor Vangeweile überhaupt nicht ausgehalten — man hätte, wäre der Schneefall nicht von selbst eingetreten, nothwendiger Weise einen solchen erfinden müssen. Und zum Glück lenkt der Schneefall die öffentliche Aufmerksamkeit von den Verhandlungen der Militärkommission ab, sonst könnte der Reichskanzler seinen Normal-Arbeitsstag nur darauf verwenden, den Zeitungen Berichtigungen zuzufächeln. Gleichwohl ist die Politik ein schweres und undankbares Geschäft, aber mit Hilfe der tief-sinnigen Journalisten, die der Kanzler zu seinen parlamentarischen Soupers einladet, ist es einleuchtend,

daß eine Karre nie gründlicher verfahren werden kann. Wenn der Vertreter des „Berliner Tageblatts“ an der Ostgrenze und derjenige der „Frankfurter Zeitung“ an der Westgrenze aufgestellt wird, so kann es gar nicht anders sein, als daß die feindlichen Heereswogen an diesen beiden bronzenen Felsen zerschellen. Und den gewöhnlichen Bürger überkommt ein Gefühl tiefen Friedens und seliger Ruhe, wenn er erfährt, aus welchen erhabenen Quellen die Regierung ihre Weisheit schöpft. Unser Vaterland wird jezt blühen und gedeihen, denn es war öffentliches Geheimniß, daß der frühere Leiter unserer Geschicke vor der Politik des Kaiserhofes zitterte. Nachdem wenigstens in dieser Beziehung Frieden geschlossen ist, kann man die heutige Regierung zu diesem genialsten ihrer diplomatischen Schachzüge nur beglückwünschen.

Und: Soldatenleben, ja das heißt lustig sein! Es mag sein, daß der Reichskanzler in der Kommission die Annehmlichkeiten des Kasernenlebens in glänzenden Farben schilderte, aber solange in Deutschland nicht mindestens auch die Schwiegermütter höherer Jahrgänge, und wären sie noch so militärfremd, uniformirt sind, werden wir unseren Erbfeinden schwerlich imponiren. Man scheint eben in der Militärverwaltung die wahren Hilfsmittel zur Verteidigung des waterländischen Bodens noch nicht in der richtigen Weise zu würdigen, denn sonst sollte man sich diese unfere zarte Aubeutung nicht so ohne weiteres entgehen lassen. Siebzigttausend Rekruten stellen zwar einen sehr ansehnlichen Berg von Menschenfleisch dar, aber es sind doch nur Männer und zwar junge Männer, die vor jedem Unteroock gemeinhin die Flucht ergreifen.

Genaueres und Zuverlässigeres erfährt man aus den Zeitungen nicht über die Verhandlungen in der Kommission, nur Herr Stöcker hat sich für einen Demagogen erklärt. Sollte der Mann am Ende seiner Tage sein?

einen wirklichen Nothstand zu konstatieren, so sollten ihn doch die Berichte der Fabrikinspektoren dazu bewegen. Nach dem Bericht derselben von dem Jahre 1891 hat ein langsamer aber stetiger Niedergang der Industrie und damit eine Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klassen stattgefunden. Die Geschäftslage im Jahre 1892 hat sich aber nach allgemeiner Meinung noch weiter verschlechtert. (Sehr richtig!) An demselben Tage, ja vielleicht zu derselben Stunde, wo hier der Minister v. Bötticher, um den Nothstand nicht anzuerkennen, auf den Ausschuss des Post- und Eisenbahnwesens im vorigen Jahre hinwies, hat der preussische Finanzminister im Abgeordnetenhaus eine diametral entgegengesetzte Erklärung abgegeben, indem er den Etat als ein Spiegelbild der allgemeinen gewerblichen Entwicklung in dem letzten Jahre bezeichnet und das Defizit von 58 Millionen mit 29 Millionen auf den Minderüberschuss der Eisenbahnverwaltung zurückführte. Wir unsererseits haben das Mögliche gethan, um den Nothstand auch ziffermäßig zu beweisen. Herr von Bötticher hat sich wegwerfend über die in den Versammlungen der Arbeitslosen gefassten Resolutionen ausgesprochen, aber in verschiedenen Städten haben sich auch Arbeitslosenkommissionen gebildet und statistische Aufnahmen über die Verhältnisse in ihrem Bezirk gemacht, so in Halle, Siebichenstein, Mannheim. Danach sind in Mannheim, einer Stadt von 80 000 Einwohnern, 1040 Arbeitslose vorhanden, darunter die Mehrzahl Familienmütter, so daß 3—4000 Personen der Bevölkerung dort direkt dem Elend überliefert werden. Die städtische Behörde wurde aufgefordert, für Arbeitslosgenossen zu sorgen; sie haben die Sache auch nicht schlanke weg abgelehnt und Abhilfe geschafft, aber fragt mich nur nicht wie. Sie haben die Leute mit der ungewohnten Arbeit des Steinlopfens beschäftigt, wobei dieselben 1,50—1,80 M. pro Tag verdienen. Man stellte an die städtische Behörde auch das Verlangen, die Fabrikanten zur Einstellung der Entlassenen von Arbeitern zu veranlassen. Die städtische Verwaltung erklärte jedoch, daß dies außer ihrer Macht liege, daß sie jedoch bei den Fabrikinspektoren dahin wirken wolle. Der badische Fabrikinspektor Wörtcher, ein weiser Rabe unter seinen Kollegen, hat darauf auch versprochen, dahin zu wirken, daß weitere Entlassungen von Arbeitern nicht stattfinden sollten. In Hamburg befanden sich nach der am 15. Oktober vor. J. aufgenommenen Arbeitslosen-Statistik 4873 Personen, welche zusammen 52 375 Wochen arbeitslos waren. Wie ist diesem Nothstande abzuhelfen? Was von Seiten der Kommunen geschehen ist, konnte natürlich nicht ausreichen. Man kann es auch den städtischen Behörden von Mannheim nicht verargen, wenn sie nur denjenigen Arbeitslosen Beschäftigung geben wollten, welche ihren Unterhaltungswohnsitz in Mannheim haben. Für die übrigen Arbeitslosen wirkte das allerdings hart und grausam. Die Konservativen haben uns aufgefordert, unseren Einfluß dahin auszuüben, daß unsere Anhänger aus den Industriestädten auf das platte Land zurückkehren. Diese Aufforderung würde besser an ihre eigene Adresse gerichtet. Wenn Sie (nach rechts) für ausreichenden Lohn und eine menschenwürdigeren Behandlung Ihrer Arbeiter sorgten, dann würden sie nicht massenhaft in die Städte ziehen. (Beifall und Widerspruch rechts.) Ich bin überzeugt, daß die ländlichen Gemeinden auch nicht ihre früheren Angehörigen, wenn sie unterhaltungsbedürftig sind, wieder zurücknehmen. Als Mitglied der Armenkommission zu Mannheim weiß ich, daß die ländlichen Gemeinden ihre Angehörigen an die Städte abgeschoben haben und sie sogar heimlich zwei Jahre lang dort unterstutzt haben. Eine Abhilfe ist nur möglich, wenn die Armenangelegenheiten nicht mehr Sache der Kommunen, sondern des Reichs sein werden. Man hat bekräftigt, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit eine größere Einstellung von Arbeitern zur Folge haben würde. Aus dem Grunde können die dann notwendig werdenden Arbeiter nicht genommen werden. Sie werden aus den Reihen der arbeitslosen vagabundierenden Arbeiter genommen werden können. (Widerspruch rechts.) Die 200—300 000 sog. Vagabunden auf der Landstraße würden gern arbeiten, wenn sie nur Arbeit bekämen. (Beifall und Widerspruch rechts.) Auf: Sie wollen nicht arbeiten! Diese 200—300 000 Vagabunden rekrutieren sich aus solchen, die aus der Arbeit entlassen worden sind. Wir haben in diesem Winter die Noth an Leute herantreten, die im Sommer nicht einmal in der Lage waren, ihre Schulden abzutragen, die sie im vergangenen Winter gemacht haben. Vor allem wäre es notwendig, einen Maximalarbeitszeitgesetz einzuführen. Bis dies aber geschieht, müßten die Staatsbetriebe der Privatindustrie in der Regelung der Arbeitszeit mit gutem Beispiel vorangehen. Leider sehen wir, daß der Staat seine Arbeiter noch mehr ausbeutet als die Privaten. Auf der Germania-Werft in Kiel wurden im vorigen Jahre eine Anzahl von Zimmerleuten wegen Mangels an Arbeit entlassen. Die Zimmerleute wandten sich darauf an die kaiserliche Werft, wurden aber abgewiesen mit der Motivierung, man könne sie nicht einstellen, ja, man dürfe es nicht, weil sie das vierzigste Jahr schon erreicht hätten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo erhebt denn ein Gesetz, daß die Arbeiter nur bis zum 40. Jahre leben dürfen? Bis zum 45. Lebensjahre muß der Mann für das Vaterland bereit sein. Mit dem 70. Jahre erst erhält der Arbeiter die Altersrente, aber er muß bis dahin gearbeitet haben. Wie reimt sich das zusammen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sehen Sie doch gefälligst die Rente auf das 40. Jahre fest (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten); die Arbeiter werden damit schon einverstanden sein. Die Gesamtheit hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ein großer Theil der Angehörigen nicht elendiglich verhungern und verkommen. Der Vorwurf, daß die Sozialdemokraten den Streik im Saargebiet provoziert haben, ist schon zurückgewiesen worden. Die „Germania“, also Ihr Blatt (zum Centrum), hat die wahre Ursache des Streiks angegeben. Es war die neue Vergarbeitsordnung, in welcher das Lohnsystem aufgestellt ist, die Reduktion mancher Löhne und als Pendant dazu die Weihnachtsgarantistation der Bergbeamten. Da wurde der Streik beschlossen. Inzwischen ist bekannt geworden, daß Herr v. Stumm beim Handelsminister vortrefflich geworden ist und eine Herabminderung der Preise der Kohlen um 50 Pf. pro Tonne gewünscht habe, andernfalls sein Werk nicht mehr bestehen könne und er dasselbe von Neunkirchen nach Lothringen verlegen müsse. (Hört! hört!) Der Handelsminister ist auf die Forderung zwar nicht eingegangen, hat aber eine Herabsetzung der Kohlenkohlen um 50 Pf. bewilligt. Mit dieser Herabsetzung ging eine Herabsetzung der Arbeitslöhne Hand in Hand, und da erfolgte der Streik. (Abg. Weber: Stumm Ausbeuter!) Im Reichshauptverein und unter den Bergleuten sind zwar Sozialdemokraten, aber sie haben keine führende Rolle. Die Ultramontanen haben die Führerrolle gehabt. Herr v. Stumm hat vorgestern hier aufgesprochen, daß vor zwei bis drei Jahren noch keine Sozialdemokratie im Saarrevier vorhanden gewesen sei. Jetzt ist sie da; denn wir haben seine vorjährige Rede gegen die Sozialdemokratie drucken lassen und als Flugblatt verbreitet, und sie hat als der beste Agitator für uns gewirkt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er verlangt von den preussischen Behörden größere Schnelligkeit gegen die Streikenden. Mir scheint, ihre Schnelligkeit hat überhaupt den Ausbruch des Streiks verschuldet. (Zustimmung links.) Ich weiß darüber aus eigener Erfahrung, wenigstens in bezug auf die Behauptung des Versammlungswesens, ein Lied zu singen. Wie wenig die Sozialdemokratie dort dominiert, zeigt der gegen eine heringe Minderheit von dem Reichshauptverein gefasste Beschluß, keiner politischen Partei den Bildungssaal zu überlassen. (Hört, hört! links.) Alle anderen Parteien haben dort ihre Versammlungsorte, nur unsere Partei nicht. Auf welche Weise soll denn nun aber die Regierung diesem Zustand gegenüber auftreten? Die Abg. v. Stumm, v. Kardorff und Müller verlangen, daß Militär dorthin geschickt wird, daß ein neues Sozialgesetz geschaffen werde. Glauben Sie etwa, daß durch die Heranziehung des Militärs dergleichen Kämpfe zwischen Arbeitern und Arbeitgebern unmöglich gemacht werden? Für die Zukunft glauben Sie durch ein strenges Strafgericht die Arbeiter abschrecken zu

können, in Zukunft ihr Recht zu wahren. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Im Gegenteil!) Je brutaler man gegen sie vorgehen wird, die gestreift haben, um so mehr wird sich die Gelegenheit für sie bieten, ihr Recht auf's Neue maßgebend zu machen. Der Handelsminister war zwar mit dem brutalen Vorgehen, welches der Abg. Stumm vorschlug, nicht ganz einverstanden, er hätte aber, daß bis jetzt schon 500 Arbeiter ohne Aufgehört sitzen und daß weitere 3000 Mann in Zukunft nicht anfahren sollen. Das ist der zehnte Theil der ganzen Belegschaft. Man wird doch nicht behaupten wollen, daß man gerade diejenigen herausfucht, die sich vorzugsweise als Streifer und Sozialdemokraten herorgethan haben, sondern man greift willkürlich den zehnten Theil heraus. Was ist denn das anders, als wenn man früher bei irgend einer Revolte den zehnten Mann herausgriff und niederknallen ließ? Ich gratulire zu dieser Schnelligkeit. In kurzem wird die sozialdemokratische Partei auch dort dominieren, und sie wird dann mit sprechen, wenn es sich um einen Streit zwischen Arbeitern und Arbeitgebern handelt. Herr v. Berlepsch achtet das Koalitionsrecht, aber wenn einer davon Gebrauch macht, dann wird er entlassen! Steht es denn hier in Berlin anders? In Schöneberg gelingt es den Arbeitslosen nicht, eine Versammlung abzuhalten, Schöneberg scheint gänzlich in Belagerungszustand erklärt zu sein. So steht es in Wirklichkeit aus; an Schnelligkeit fehlt es nicht! Die Arbeiter haben nicht mehr Gnade zu verlangen, sondern ein Recht darauf, daß ihren Wünschen Rechnung getragen wird. Herr v. Stumm klagt uns an, daß wir das höchste Gut der Menschen, die Zufriedenheit vernichten. Wer ist denn heute zufrieden? Die Reichsregierung? Verlangt sie nicht täglich neue Steuern von uns? (Große Heiterkeit.) In die Rechte zufrieden? Sie klagt ja stets über die Noth der Landwirthschaft. Traurig sähe es mit unserem Kulturzustand aus, wenn die Arbeiter mit dem Erreichten zufrieden wären. Die alten patriarchalischen Zeiten sind vorbei, nicht mehr kann der Arbeitgeber das ganze Leben seiner Arbeiter regeln, diese Zustände werden auch einmal auf den Werken des Herrn Stumm ein Ende nehmen. Wie, wenn man die industriellen Kräfte fragte, was sie denn in ihren Mußestunden trieben, wie sie ihre Gelder ausgaben u. s. w.? Den Arbeiter, der danach fragte, würden Sie einfach für verrückt erklären. Ich freue mich am meisten darüber, daß man sich nach einem neuen Ausnahmengesetz seht, das ist die Bankrotterklärung der heutigen Gesellschaft. Sie kommen ohne den Polizeinippel nicht mehr aus. Auch das wird uns nicht vernichten. Wir haben 12 Jahre ausgeharrt, der Ausgang war eine schmachvolle Niederlage derer, die diesen Kampf geführt haben, und mit ihm ging der Heros des Jahrhunderts zu Grunde. Wenn der neue Kurs glaubt auf derselben Waffe Erfolge zu erringen, wohl an, er mag uns kommen, wir werden auch ihm gegenüber bewaffnet sein! (Beifall und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Staatssekretär v. Bötticher: Wenn der Redner als Aufgabe der Partei hingestellt hat, die Unzufriedenheit zu nähren, so war er zu aufrichtig und sprach nicht im Interesse seiner Partei. Ich glaube immer bisher, jeder, der zur Theilnahme an den öffentlichen Arbeiten berufen ist, hätte die Aufgabe, die Zufriedenheit zu nähren. Ich wiederhole, ich erkenne keinen Nothstand an, der ein Einschreiten der Reichsregierung notwendig macht. Ich trete daher den Beweis dafür, daß ein Nothstand überhaupt nicht vorliegt, erst gar nicht an. Die Beweismittel des Redners beziehen sich alle auf eine Zeit, um die es sich gar nicht handelt. Die Ausführens unserer Industrie aus der letzten Zeit, soweit sie schon bekannt sind, weisen eine Zunahme auf. Der seltsame Kontrast zwischen meinen Aeußerungen und denen des preussischen Finanzministers ist gar nicht vorhanden. Herr Miquel hat dasselbe gesagt wie ich. In fast allen in Sachen betriebenen Industriezweigen hat sich eine Besserung gezeigt. Ein Eintreten der öffentlichen Hilfe ist dort nirgends bisher erforderlich gewesen. Es fehlt nicht an Arbeit und die Löhne sind theilweise gestiegen. (Auf bei den Sozialdemokraten: Nein!) Das gilt von den Webereien, Baumwollen- und Kammgarn-Spinnereien, Kleiderstoff-Fabriken, Strumpfwirkerien, mangelhafter geht u. a. die Fabrikation der Porzellanen, der Musikinstrumente. In Hamburg liegt zwar der Handel sehr darnieder. Was aber die Zahl der Arbeitslosen dort betrifft, so steht die vom Gewerkschaftsstatistik aufgenommene Statistik auf sehr schwachen Füßen. Die Löhne sind in der Zeit von 1897 konstant gestiegen. Die Forderung, daß die Armenpflege Reichs Sache werde, muß ich schon deshalb ablehnen, weil wir das von Reich wegen gar nicht bewältigen können. Die Kommunen sind thatsächlich die dazu zuerst Berufenen. Ebenso wenig ist das Reich in der Lage, für die Beschäftigung Arbeitsloser etwas zu thun. Je mehr diese Fürsorge lokalisiert wird, um so wirksamer wird sie sein. Die Arbeitslosigkeit in den großen Städten kommt allerdings einfach daher, daß nach diesen und den Industriezentren mehr Arbeitskräfte zufließen, als nöthig sind. (Ausschrei links.) Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) in dieser Beziehung das Ihrige thun, dieses Zustromen zu verhindern, dann werden Sie über die Arbeitslosigkeit nicht mehr zu klagen haben. (Beifall rechts.) Abg. Lucius (Rp.) verzichtet. Die Diskussion wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. v. Stumm, Hise, Dreesbach und Weber. Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Schneider (Hamm) unter der Heiterkeit der wenigen noch anwesenden Mitglieder des Hauses, daß ihm durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten worden sei. Damit ist der Gegenstand erledigt. Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Brandweinsteuergesetz.)

Abgeordnetenhause.

15. Sitzung vom 14. Januar 1898. 11 Uhr.

Am Ministerliche Graf zu Eulenburg.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Aenderung des Wahlverfahrens wird fortgesetzt.

Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Herr Meyer verlangt, daß wir reinen Tisch machen, daß wir das allgemeine geheime Wahlrecht einführen, damit wir endlich Ruhe haben. Herr Meyer will wie alle Fortschrittler, solange fortschreiten, bis alles auf seinem Standpunkte steht, dann will er konservativ werden. Dann werden aber andere kommen, die noch weiter gehen wollen; dann wird er den Schutz gegen den Terrorismus von unten verlangen. Die geheime Wahl ist unannehmbar, wenn das Ansehen der natürlichen Autoritäten gewahrt werden soll. Herr Meyer meint, die Konservativen könnten ruhig verschwinden; es geht auch so; ja aber nicht lange, denn wenn die Konservativen einmal nicht ihrer Bedeutung entsprechend hier vertreten sein sollten, dann wird sich sofort eine Reaktion dagegen im Lande geltend machen. Denn die Bedeutung der Landwirthschaft ist eine so große für den Staat, daß sie hier vertreten sein muß. Das seit mehr als 40 Jahren bestehende Wahlrecht hat sich im Allgemeinen vollständig bewährt. Eine radikale Umwälzung des Wahlrechts ist vorgenommen ohne jede Kompensation. Wegen der Einführung der geheimen Wahl müssen wir unterschieden Verwahrung einlegen. Nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, wird es zweifelhaft, ob das geheime Wahlrecht noch lange bestehen kann. (Zustimmung rechts.)

Abg. Meyer-Velien (Dir.): Daß die indirekten Steuern von Preußen nicht erhoben werden, ist kein Grund gegen die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Denn die Einführung und Verneuerung der indirekten Steuern ist auf Betreiben des Fürsten Bismarck erfolgt, der die indirekten Steuern für die unteren Klassen nicht geeignet hielt. Die Belastung mit indirekten Steuern ist größer geworden als

die Belastung mit direkten war; und da will man den ärmeren Klassen nun auch noch das Wahlrecht verweigern. Abg. Arendt (H.): Die Opposition gegen die Vorlage scheint mir viel milder zu sein, als sie vor ein paar Jahren gewesen wäre; Herr Meyer hat auch das geheime Wahlrecht nicht mehr so begeistert vertreten wie sonst und selbst Herr Richter erkannte an, daß seine demokratischen Anforderungen aussichtslos seien. Herr Richter ist auf die Unwandelbarkeit seiner Meinung stolz, während es den Nationalliberalen zum Verdienst anzurechnen ist, daß sie in bezug auf das Wahlrecht ihre Meinung geändert haben. Den Ausspruch vom elendesten aller Wahlsysteme würde Fürst Bismarck heute wohl nicht mehr wiederholen; er folgte auch damals, als er es vorschlug, nur einer geschichtlichen Nothwendigkeit. Er hat auch seitdem wohl Erfahrungen genug gemacht, um eines besseren belehrt worden zu sein. Ich halte es für eine der schlimmsten Ausschreitungen des geheimen Wahlrechts, daß Fürst Bismarck mit einem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommen konnte. Daß die Minister in der dritten, Gastwirthe in der ersten Klasse gewählt haben, ist nicht bedenklich. Bedenklicher ist schon, das sogenannte Grundbesitzer, vorgeschobene Leute, die von dem Bauhandwerk leben, in der ersten Klasse wählen. Die Vorlage muß noch vor den Neuwahlen in Kraft treten, deshalb muß ein bestimmter Termin hineingeschrieben werden oder die Regierung muß eine bindende Erklärung abgeben. Wer das Dreiklassen-Wahlrecht aufrecht erhalten will, der muß dasselbe so gestalten, daß das Volk demselben sympathisch gegenüber steht. Deshalb stimme ich mit dem Abg. Herrfurth überein. Ich kann auch mit Herrn Richter nur bitten eine Aenderung des Wahlverfahrens eintreten zu lassen. Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Ich kann als Ergebnis der Debatte feststellen, daß die große Mehrheit gegen die Einführung des allgemeinen geheimen Wahlrechts ist, und bezüglich der Gemeindevahlen nimmt auch Herr Meyer diesen Standpunkt ein. Die Wahlen für den Landtag und die Gemeinden sollen gleichmäßig sein. Wenn das geflügelte Wort eines großen Mannes zu Tode geht, so unternehme ich nicht die Vermuthung, daß er heute anderer Meinung ist. Ich weise nur darauf hin, daß seine Aneignung gegen das Dreiklassen-Wahlrecht eine platonische war; denn sonst hätte er es wohl in seiner langen Amtsbauer abgeschafft. Man sagt, das System helfe dem Geldsack zur Herrschaft und dränge die Bildung zurück. Alle Versuche, die Bildung als Maßstab des Wahlrechts zu nehmen, sind verunglückt. Das jetzige Wahlsystem hat jedenfalls nicht gehindert, daß Bildung und Intelligenz ausreichend vertreten sind. Die Begünstigung für das allgemeine geheime Wahlrecht ist im Abnehmen begriffen, und diese Stimmung dauert noch fort. Herr Richter meint, das Wahlgeheimnis sei nicht genug bewahrt. Die Neigung besteht, das Wahlgeheimnis durch alle möglichen Praktiken und Manipulationen zu zerstören. Dem gegenüber ist es besser, daß die Wähler sich frei gegenüberstellen und den Muth ihrer Meinung haben. Ueber die Vortragung eines definitiven Wahlgesetzes kann ich mich nicht aussprechen; es ist möglich, für die fernere Zukunft schon heute etwas zu erklären. Der Artikel 115 der Verfassung, welcher das Wahlgesetz verleiht, bleibt bestehen. Abg. Dreesbach (B.) tritt für das Wahlgeheimnis ein; denn es sei recht schön von dem Muth der Meinung zu sprechen, aber die Arbeiter hätten oft genug erlebt, daß sie wegen der Abstimmung entlassen worden sind. Abg. Graf-Eberfeld (natl.): Die Vorschläge, welche von den Abgeordneten Vachem und Herrfurth gemacht sind, um die ersten beiden Abtheilungen zu verdrängen, sind nicht annehmbar. Die Angriffe auf das Dreiklassen-Wahlrecht sind nicht mehr berechtigt als die auf das allgemeine Wahlrecht. Der Ausspruch des Fürsten Bismarck ist entstanden zu einer Zeit, als die fortschreitenden Wahlen fortschrittlicher Mehrheiten zum Abgeordnetenhaus ihn verdrängt hatten. Abg. Richter: Warum wirft man die Berufung auf Bismarck vor? Er hat seinen Ausspruch niemals widerrufen, während Windthorst seine Neigung für die öffentliche Abstimmung später offen verleiht hat. In Hannover war die Praxis auch so, daß niemand wegen seiner oppositionellen Abstimmung verfolgt wurde, während bei uns die abhängigen Personen und Beamten bis auf Blut gepeinigt worden sind. Welche Uebelstände haben sich denn bei der geheimen Abstimmung ergeben? Ist das Geheimnis nicht genügend gewahrt? Wenn man gefragt wird, lehnt man die Antwort ab; ein anständiger Mensch fragt überhaupt nicht danach. Und wenn man von dem Frager abhängig ist... (Zuruf bei den Nationalliberalen: Dann läßt man!) Aha, eine Lüge nennen Sie das. Ist es denn nicht schlimmer als eine Lüge, ein Gewissenszwang, wenn jemand gezwungen wird öffentlich gegen seine Anschauung zu stimmen! Graf Limburg sprach von der kaiserlichen Entwicklung durch das allgemeine Wahlrecht. Glauben Sie, daß dadurch das Ansehen des Reichs gefördert wird? Es ist nicht zum Heile des Reichs, wenn diese Versammlung, die gewählt ist auf Grund des elendesten aller Wahlsysteme, die Grundlagen des Reichs kritisiert. Gehen Sie in sich! Damit treiben Sie keine deutsche Politik, damit treten Sie nur für den Schutz ihrer Interessen und Privilegien ein. (Beifall links.) Abg. v. Heydenbrand: Die Agitation ist von den Freisinnigen angefangen; sie können sich nicht beschweren, wenn von anderer Seite ihnen entgegengetreten wird! Das Reichstags-Wahlrecht für den Landtag ist für uns nicht diskutabel. Der Steuererhöhung steht eine große Lohnsteigerung gegenüber und namentlich eine Steigerung der sozialpolitischen Leistungen seitens des Staates und der Arbeitgeber. Wir halten an dem alten Wahlrecht fest. Aber machen es denn die Freisinnigen anders, wo sie die Hebräer haben, z. B. in Berlin? Petrifiziert sind die Konservativen nicht; denn sie haben den Bedürfnissen der Neuzeit Rechnung getragen, so auf dem Verkehrsgebiete, auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Wenn die Konservativen eine Volkspartei werden wollen, so sollte man das nicht tadeln. Männer wie Graf Limburg-Stirum, die ihre Meinung nicht nur vertreten, sondern auch theuer bezahlt haben (Sehr richtig! rechts), stehen bei uns mehr im Ansehen als Männer, die dem Hause oft unwillig Anlaß zur Heiterkeit geben. (Zustimmung rechts.) Damit schließt die erste Beratung; die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Rechnungsvorlagen und Etat.)

Lokales.

Die Zigarren- und Tabakhändler waren am Freitag Abend zu einer Versammlung eingeladen, um über gemeinschaftliche Schritte zu berathen, wie die eventuelle Beseitigung der Schäden der Sonntagstruhe in ihrer jetzigen Gestalt sich bewerkstelligen lasse. Herr P. Krug leitete die Versammlung mit einer Propagandarede auf den 50 Mann starken Verein der Zigarrenhändler ein und sprach darauf sein Bedauern darüber aus, daß die Polizei kein Ohr für die Beseitigung der verhassten Bestimmungen zu haben scheint. Da eine diesbezügliche Eingabe bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt habe, müsse man es jetzt einmal mit dem Reichstage versuchen. Hierauf betrug der „Stern“ des Abends, der nationale liberale Reichstags-Abgeordnete Kommerzienrath Müller die Rednertribüne, und machte ungeachtet dessen, daß die Arbeitervertreter in Reichstags s. J. gegen die neuen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung votirt haben, vornehmlich die Sozialdemokratie für alles Unheil verantwortlich, was den Kleinhandlern aus der Sonntagstruhe erwachsen ist. Der Herr Redner bekräftigte noch die Statistik über die Jahreseinnahme vor und nach dem Erlaß des Gesetzes und versprach im übrigen, schon im Reichstag dafür sorgen zu wollen, daß den

Gandelsangelegten ihr bischen SonntagstraÙe wieder genommen werde. Die Versammlung fühlte sich durch die Person des Herrn Kommerzienrats und seine Rede so sehr begnadet, daß sie ihm ehrfurchtsvoll durch Erheben von den Sitzen ihre Reverenz bezeugte. Leider wurde diese weisevolle Stimmung durch verschiedene freventliche Einwendungen gestört, die einige Eindringlinge zu erheben sich erdreisteten, indem sie darauf hinwiesen, daß sowohl der überaus schwache Besuch der Versammlung, als auch die unangenehme Thatsache, daß von 1000 ausgegebenen Fragebogen nur 200 zurückgekommen sind, gerade nicht dafür spreche, daß den Vadenbesuchern so sehr die Aufhebung der SonntagstraÙe am Herzen liege. Die Versammlung beilegte sich, ihre ganze geistige Ueberlegenheit über die Opponenten thätkräftig dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie diese Friedensstörer unter Gebrauh zum Verlassen des Saales nötigte. Aber der Apfel der Zwietracht war einmal in die Versammlung geworfen; auch als die Herren Händler wieder unter sich waren, konnte die weisevolle Stimmung von vornem nicht wieder wachgerufen werden. Niemand war mit sich einig, wie und wie weit die Bestimmungen bezüglich der SonntagstraÙe geändert werden sollten, und das Resultat des Abends war daher, daß die Versammlung unter heillosen gegenseitigen Beschimpfen unverrichteter Sache auseinanderging.

Ist Stöder Demagoge? In der Freitag in der Tonhalle stattgehabten Versammlung der „christlich-sozialen Partei“ sprach Stöder über das Thema „Konervative Demagogie“. Er erklärte das Wort Demagoge, wie kein Organ, das „Volk“ mittheilt, in folgender Weise: „Demagoge ist einer, der durch geklirrte Rede Stimmung macht.“ Ist Stöder nun Demagoge?

Zur Choleraepidemie. Die Cholera-Nachrichten aus Hamburg haben die preussische Regierung veranlaßt, von neuem Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung der Seuche zu treffen. Die Landräthe der Kreise Westhavelland und Niederbarnim haben ein Verbot des Verkaufs von Robeis erlassen, welches aus Gewässern genommen ist, die aus zureichenden Unreinlichkeiten oder anderen besonderen Umständen von bedenklicher Beschaffenheit sind.

Die heilige Ehe. Viel besprochen wird in Spandau das Verschwinden einer Restaurateursfrau, welche unter Mitnahme eines größeren Geldbetrages in Begleitung eines langjährigen Freundes ihres Mannes das Weite gesucht haben soll. Um ihren Ehemann zu täuschen und ihn für die Stunde der Flucht unerschütterlich zu machen, hatte sie ihn Abends listiger Weise veranlaßt, recht viel geistige Getränke zu genießen, bis er total betrunken war. Nachdem sie ihn dann im Schlafjammern gebettet, wurde die sorgsam vorbereitete Flucht bewerkstelligt.

Der heilig andauernde Schneefall hat auch in Berlin große Verkehrsstörungen veranlaßt. Die Zufuhr vom Lande ist unterbrochen, worunter namentlich die Außenbezirke der Stadt zu leiden haben, die auf den ländlichen Milch-, Butter- und Kartoffelmann angewiesen sind. Die Pferdebahnen kommen trotz Vorspanns und häufigen Pferdewechsels nur mühsam vorwärts. Die Holz-Streummaschinen sind ohne sonderlichen Nutzen, weil der dicke feine Schnee auf den Gleisen anriert und alle Ausfahrungen, die Schienen frei zu halten, vergeblich macht. Mit den Vororten Niddorf, Schöneberg, Weissensee u. a. war ein regelmäßiger Verkehr überhaupt nicht herzustellen. Die aus Pommern, Schlesien, Posen und Provinz Preußen eintreffenden Hüge verspäten sich um die fahrplanmäßige Fahrzeit bis zu drei und vier Stunden.

Auf dem Thurm der Nikolaikirche haben jetzt zwei Habichte ihren Schlupfwinkel aufgeschlagen und verwalten den Taubenbestand jener Gegend vollständig. Leider ist den frechen Räubern schwer beizukommen, da diese ihr Nest auf der äußersten Spitze des Thurmes, dicht unter dem Kreuz, aufgeschlagen haben und nur während ihrer blutigen Mahlzeiten auf der Brüstung des Thurmes sich sehen lassen. Auch auf der Marienkirche, auf der Dantest, ja selbst auf der noch nicht einmal fertiggestellten Himmelsfahrtskirche am Humboldtshain, auch auf der Sebastianikirche am Gartenplatz haust hoch oben unter dem Thurmkreuz ein Pärchen dieser gefährlichen Taubenräuber. Das Abschleichen der Taubenvögel wird polizeilich nicht gestattet und das Aufstellen von Fallen oder Fangnetzen ist kaum möglich. Die vereinigten Flugtaubensbesitzer des Nordens haben eine Prämie von 20 Mark für jeden Balg eines erlegten Taubenjägers ausgesetzt.

Die Schlächtermeister Spandaus demonstrieren gegen die städtischen Behörden wegen der Höhe der am 1. Januar in Kraft getretenen Schlachtgebühren des städtischen Schlachthofs. Das seit 4 Jahren bestehende Institut hat so schlechte Einnahmen gehabt, daß nicht einmal die Kosten der Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals voll gedeckt werden konnten. Es ist ein Defizit von etwa 70 000 M. vorhanden. Um nun in den Finanzen des Instituts das Gleichgewicht herbeizuführen, haben die städtischen Behörden einen neuen Schlachtzins aufgestellt, durch den die bisherigen Gebühren um 50 bis 80 pCt. erhöht sind. Diesen Tarif wollen die Schlächtermeister jedoch nicht annehmen, und sie haben nun, soweit es ihnen irgend möglich ist, begonnen, die Schlachtungen außerhalb des Stadtbezirks, entweder in Berlin oder den benachbarten Dörfern, auszuführen. Infolge der Abnahme der Frequenz des Spandauer Schlachthofs sinken nun die Einnahmen desselben noch mehr herab, so daß die Situation noch schlechter wird.

Der Neffe des Königs von Siam, Prinz Schail Schail Nonpavone, scheint auf „Standesherr“ nicht viel zu geben. Bedarfs Erlernung der Goldschmiedekunst hielt sich der junge Prinz längere Zeit in der Reichshauptstadt auf; er trat damals in ein Geschäft in der Friedrichstraße als Volontär ein und bezog eine Wohnung bei dem holländischen Minister-Residenten. Der Vater des Prinzen ist in Vantol, dem asiatischen Venedig, Großindustrieller; Schail Schail Nonpavone betreibt Kommissionsgeschäfte, namentlich sind es deutsche Firmen, mit denen er Geschäftsverbindungen angeknüpft hat. Bei seiner Abreise von Berlin nach Vantol, die vor ungefähr zwei Jahren erfolgte, entsahm der prinzipale Lehrling von seinem Lehrherrn für mehrere tausend Mark Goldwaaren. Da die Zahlungen seitens des Prinzen anfangs pünktlich inne gehalten wurden, glaubte die Firma keinen Zweifel in die Verlässlichkeit des holländischen Geschäftsrundes setzen zu dürfen, weshalb die wiederholten Aufträge aus Vantol pünktliche Erledigung fanden. Seit einem Jahre erfolgen jedoch keine Zahlungen mehr, auch die Aufforderungen, mit der Firma abzurechnen und die in Kommission gegebenen Werthsachen, darunter für dreitausend Mark goldene Uhren, herauszugeben, blieben ohne jeglichen Erfolg, obgleich der hiesige Vertreter der holländischen Regierung vermittelnd eingeschritten ist und das Auswärtige Amt der Angelegenheit näher getreten ist. Aus Vantol ist jedoch von Personen, die das „Geschäftsgeheimnis“ des prinzipalen Uhrenhändlers „sehr gut kennen“, der Rath eingetroffen, den Prinzen Schail bei der dortigen Staatsanwaltschaft als Betrüger zu verklagen. Die junge Berliner Verkäuferin, mit der sich der Prinz vor drei Jahren offiziell verlobte, die er jedoch „hien“ lieh, kann sich glücklich schätzen, daß sie nicht Prinzess Schail Nonpavone geworden ist.

Ueber zwei eigenartige Unglücksfälle meldet ein Bericht-erstatler folgendes: Gestern Nachmittag war der 31 Jahre alte Arbeiter Johann Albert aus dem Dorfe Marlau bei Blauen mit einer Jahre Reife, vor die er zwei Ochsen gespannt hatte, unterwegs. Das Geschirr des einen Ochsen verschob sich, und als Albert es ordnete, schüttelte das Thier mit dem Kopfe. Hierbei geriet es mit einem Horn in das Auge des Kutschers und rief es ihm gänzlich aus. Der bedauernswürdige Mann mußte noch gestern Abend in die hiesige Charitee überführt werden. — Der

zweite Fall trat sich gestern Abend etwa um zehn Uhr in einem Hause der Willibald-Alexisstraße zu. Der 60 Jahre alte Bintelkonjunkt Johann W. wollte die in dem bezeichneten Hause auf dem Hofe zwei Treppen hoch wohnende unverheiratete Elisabeth G. aufsuchen, wurde aber bald darauf auf dem Hausflur des Erdgeschosses in schwer verletztem Zustande aufgefunden. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur den bereits eingetretenen Tod feststellen. Es wird angenommen, daß W. auf der Treppe von Schwindel befallen und über das Geländer hinabgestürzt ist.

Zeit vorgestern ist die Hilfe der Feuerweh vierzehn Mal in Anspruch genommen worden. In fünf Fällen war Feuer durch Fahrlässigkeit entstanden. Vorgestern Abend wurde von Weissensee aus die Feuerweh gerufen. Im Gehäus der Gärtel- und Strassburgerstraße war ein großer Dachstuhlbrand ausgebrochen, dessen Unterdrückung durch Wassermangel und die eigentümliche Bauart des Hauses sehr erschwert wurde. Der ganze Dachstuhl und das obere Stockwerk sind ein Raub der Flammen geworden. Gestern früh wurde die Eisenfabrik von Völtcher u. Haselau in der Chausseestraße 68/69 von einem Brand heimgesucht, der nach dem unter der Fabrik belegenen Keller durchschlug. Eine besondere Veranlassung führte die Feuerweh um Mitternacht nach dem Pacht. Am Kronprinzengarten sollte eine Kuh in die Spree gefallen sein, die Feuerweh vermochte von dem Thier jedoch nichts mehr zu entdecken.

Marktpreise in Berlin am 13. Januar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,20—15,60 M., mittlerer von 15,50—15,00 M., geringerer von 14,90—14,40 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,80—13,50 M., mittlerer von 13,40—13,20 M., geringerer von 13,10—12,80 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,00—16,00 M., mittlere von 15,90—14,90 M., geringe von 14,80—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 16,00—15,20 M., mittlerer von 15,10—14,40 M., geringer von 14,90—13,60 M. Stroh, Nicht- per 100 Kg. von 4,50—4,00 M. Heu per 100 Kilog. von 7,00—5,20 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 90,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,10 M. Schaffleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Sammelfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 7,00—3,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,00 M. Wale von 2,80—1,20 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,80—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Riele von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 9,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 12. d. M. Abends wurde die 22jährige geisteskranke Tochter eines Kaufmanns in dessen Wohnung erhängt vorgefunden. — In einem Hause der Willibald-Alexisstraße stürzte Abends spät ein Kaufmann über das Treppengeländer in den zweiten Stock auf den Flur hinab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb. — Am 13. d. M. und in der darauffolgenden Nacht fanden dreizehn Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Eine in rechtlicher Beziehung interessante Frage beschäftigte gestern die Versammlungs-Kammer des Landgerichts I. Der Gerichtsvollzieher Hermann von vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen das Lotterielos auf eine Geldstrafe von fünf Mark verurteilt worden. Im Juli v. J. hatte der Angeklagte eine Pfändung vorgenommen und dabei auch 1/4 Braunschweiger Loos gepfändet. Einige Zeit darauf erhielt er von dem Rechtsanwalte des Klägers den Auftrag, die Sachen zu versteigern. Bei der Versteigerung wurde auch das Loos unter dem Hammer gebracht. Hierin erblickte das Schöffengericht ein Verbrechen eines verbotenen Looses. Der Angeklagte mochte berechtigt gewesen sein, das Loos als Werthobjekt zu pfänden, aber versteigern durfte er es nicht. Er hätte es vielmehr dem Gericht oder dem Staatsanwalt übergeben müssen. Daß der Angeklagte von dem Verbot der Braunschweiger Lotterie in Preußen keine Kenntnis gehabt, sei trotz seiner diesbezüglichen Versicherung nicht zu glauben. Dies Urteil wurde im geirigen Termine von dem Angeklagten in sachlicher, von seinem Verteidiger in rechtlicher Beziehung angefochten. Der Angeklagte wiederholte seine Versicherung, daß er von dem Verbot keine Kenntnis gehabt, er würde sonst doch nicht, wie es geschehen sei, durch die Zeitung bekannt gemacht haben, daß er das Loos nebst den übrigen Sachen versteigern wolle. Der Umstand, daß ein Rechtsanwalt ihn mit der Versteigerung des Looses beauftragt habe, spreche doch auch dafür, daß dieser sich im guten Glauben befunden habe. Der Verteidiger führte aus, daß der Begriff einer Versteigerung sich nicht mit dem eines Verkaufes decke, der Gescheher spreche aber bloß von einem Verkauf. Es könne sich doch auch niemand strafbar machen, der ein solches Loos verschänke. In der Gerichtsvollzieher-Ordnung sei ebenfalls wie in der Zivilprozeß-Ordnung eine Lotterielos unter denjenigen Gegenständen aufgeführt, welche nicht pfändbar sind und die gerichtliche Pfändung eines Gegenstandes sei doch zwecklos, wenn derselbe nicht versteigert werden dürfe. Er beantrage deshalb die Freisprechung des Angeklagten. Der Staatsanwalt trat für Außerhaltung des ersten Erkenntnisses ein. Daß der Angeklagte sich im guten Glauben befunden, möge zugegeben werden, aber viele Personen erhielten Strafmandate, weil sie in ausländischen Lotterien gespielt, ohne eine Ahnung davon zu haben, daß sie etwas Verbotenes begangen. Die Auffassung, daß eine Versteigerung und ein Verkauf nicht gleich zu achten sei, könne dahin führen, daß ein Loospfändler sich einen kleinen vollstreckbaren Titel erwirke, eine Anzahl Loose pfänden und dieselben dann versteigern lasse.

Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung, aber nur aus dem Grunde, weil er dem Angeklagten Glauben geschenkt habe, daß derselbe von dem Verbot der Braunschweiger Lotterie keine Kenntnis gehabt.

Ein eigenartiger Fall von fahrlässiger Brandstiftung führte am Sonnabend den 1276 in Ostpreußen geborenen Mechanikerlehrling August Purwin aus Neu-Weissensee vor die erste Kammer am Landgericht II. Am 11. August erhielt der Angeklagte von seinem Meister den Auftrag, das elektrische Läutewerk im Hause des praktischen Arztes Dr. Goldberg in Ordnung zu bringen. Der Befehlung mußte dabei die Batterien revidieren, die in einem dunklen Kammern standen, weshalb er ein Licht brauchte. Auf der Bank stand ihm dasselbe zu niedrig, er setzte es daher auf eine Duschschachtel, in welchem sich der Zylinder des Herrn Doktor befand. Nachdem die Arbeit gemacht, verließ der Lehrling die Kammer, um nachzugehen, ob das Werk funktioniere, alsdann wollte er das Licht holen. Da aber nunmehr alles in Ordnung war, vergoß er das Licht, dasselbe brannte herunter, entzündete erst Duschschachtel und Gut, das Feuer debute sich weiter aus und ehe dasselbe bemerkt und von der Feuerweh gelöscht wurde, waren mehrere Zimmer vollständig ausgebrannt, und ein Schaden von 2200 Mark entstanden, der durch Versicherung gedeckt wurde. Mit Rücksicht auf das jugendliche Alter des Angeklagten brachte der Staatsanwalt nur einen Verweis in Antrag, der Gerichtshof erkannte jedoch mit Rücksicht auf die überaus große Fahrlässigkeit auf einen Tag Gefängnis.

Soziale Uebersicht.

Arbeiter Berlin! Angefichts der großen Arbeitslosigkeit und Noth, in welcher sich ein großer Theil unserer Bevölkerung befindet, hält es die politische Vertretung der Berliner Genossen für ihre Pflicht, hierzu Stellung zu nehmen. Eine besondere Bedeutung erhält diese Frage noch durch die Behandlung der Nothstands-Interpellation unserer Fraktion im Reichstage. Zu diesem Zwecke finden am Mittwoch, den 18. d. M., Vormittags 9 1/2 Uhr, in verschiedenen Stadttheilen 4 große Volksversammlungen statt. Pflicht aller Arbeitslosen ist es, dort zu erscheinen. Näheres durch Aushang und Annoncen im „Vorwärts“ am Dienstag. — Die Vertrauensleute Berlin.

Graveure, Ziseure und verwandte Berufsgeossen! Morgen, am 16. Januar, findet im Lokale „Alt Berlin“, Straßenerstraße 57, eine Versammlung der Ortsklasse der Graveure, Ziseure und verwandten Berufsgeossen statt. Da in derselben die Delegirtenwahl auf der Tagesordnung steht, so ist es Pflicht aller Mitglieder, am Platze zu sein, damit Männer gewählt werden können, welche gewillt sind, die Rechte der Mitglieder energisch zu vertreten und vor allem dafür zu sorgen, daß mit dem System der Zwangsarbeit gebrochen wird. Gleich anderen Ortsklassen haben auch wir die Pflicht, unseren kranken Mitgliedern die Vortheile der freien Arztwahl zu sichern. Seid daher zahlreich am Platze, Kollegen, und thut eure Schulpflicht! Ein Mitglied.

Berliner Arbeitervertreter-Verein. Hinsichtlich der von diesem Verein aufgestellten Kandidatenliste zur Wahl von sieben Ersatzmännern für die nicht ständigen Mitglieder des Reichs-Ver sicherungsamts bringt ein Extrablatt der in Welfenkirchen erscheinenden „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ folgende Mittheilung:

„Soweit die Vergleute die Wahl angeht, dürfen sie mit dem vorgeschlagenen Knappschafts-Oberältesten Wilhelm Frede durchaus nicht einverstanden sein; denn sonst hätten sie ihn sicherlich bei der Knappschaftsältesten-Wahl am 28. März und bei der auf seinen Protest neu anberaumten späteren Wahl wiedergewählt. Das ist nicht geschehen und damit bewiesen, daß er das Vertrauen seiner Knappschaftsmitglieder nicht genießt. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß Frede seitens des Knappschafts-Vorstandes später zum oberältesten resp. Vertrauensmann ernannt worden ist. Wenn daher der Berliner Arbeitervertreter-Verein angiebt, diesen Kandidaten im Einverständnis mit der Arbeitervertretergesellschaft Deutschlands vorgeschlagen zu haben, so hat er eben die Vertreter der Vergleute dabei außer Acht gelassen. Eine Anfrage per Postkarte an uns bezw. den Vorstand des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter, der sicher eine Arbeitervertretung ist, hätte ihm die richtige Kenntniß, wie man hier die Verdienste des Herrn Frede zu würdigen weiß, in ausgiebigem Maße verschaffen können.“

Das **Vielefelder Gewerkschaftsrath** beschloß beim Magistrat die Einrichtung eines Gewerbegerichts zu beantragen und gab den Gewerkschaften auf, dahin zu wirken, daß die Unternehmer die Lohnzahlung am Freitag vornehmen. Ferner wurde beschloffen, die organisierten Arbeiter zu veranlassen, nur bei solchen Wirthen zu verkehren, die der Arbeiterchaft ihre Lokale auch zu Versammlungen überlassen.

Veranstaltungen.

Ein Streik durch die Berliner Stadtverwaltung war das Thema, über welches Genosse A. Vorhard in einer Versammlung referirte, welche der Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am 9. Januar abhielt. Nach Beendigung des mit großem Interesse verfolgten Referats erstattete der Kassirer über die Geschäftsführung im 4. Quartal 1892 Bericht. Es wurde beschloffen, der Agitationskommission 30 M. zu überweisen. Ferner wurde auf Antrag des Vorstandes beschloffen, das alte Mitglied Gustav Mathes von fernerer Beitragspflicht zu entbinden und ihm die Ehrenmitgliedschaft zu übertragen. Es wurde noch bekannt gegeben, daß die nächste Versammlung am 6. Februar und der Rosenball am 18. Februar in Klem's Festsaal, Hasenheide 13—14, stattfinden.

Verband der Schneider und Schneiderinnen und verwandter Berufsgeossen (Hilfsverein). Versammlung am Sonntag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, in Noth bei Hermschmidt, Berthelstraße 22a. Nach der Versammlung: „Gemüthliches Beisammensein“. Die Sachwalter des Vereins bestanden sich: 1. bei Pregana, Schützenstraße Nr. 18. Jeden Montag von 8—1 Uhr, sowie jeden Sonnabend Abend von 8—10 Uhr. 2. bei Seefeld, Grenadierstraße 23. Jeden Montag Abend von 8—10 Uhr. 3. in Noth bei Hermschmidt, Berthelstraße 22a. Jeden Montag Abend von 8—10 Uhr. 4. bei Broch, Kienstr. 9. Jeden Mittwoch Abend von 8—10 Uhr. In allen Beisammensein werden Mitglieder aufgenommen.

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Sonntag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, in der Berliner Bodendruckerei, Tempelhofer Berg. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Bernthel über: „Hausarbeit“. Nach der Versammlung: „Gemüthliches Beisammensein“.

Freie Kranken- und Sterbehilfe der Schuhmacher und Berufsgeossen (S. G. 27). Generalversammlung am Montag, den 26. d., im Saal Nr. 75. (S. Inzerat von Sonnabend).

Verein der Maschinenisten und Dreher Berlin. Sonntag, den 16. d., Nachmittags 4 Uhr, im Schultheiß' Brauerei-Ausgang, Neue Jakobstr. 24—26: Generalversammlung.

Vergnügungsverein Germania. Sonntag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, bei Krollschlager, Blumenstr. 78: Bälleball und Vorträge.

Allgemeiner Arbeitervereiner. Drute, Sonntag, Abends 8 Uhr, groß. Versammlung bei Otto Klein, Schönhaiderstr. 6: Vortrag von Fr. Haber über: „Noth und Nothhilfe“.

„Selbstlicher Verein „Früherbund“. Sonntag, den 16. Januar, Nachmittags 4 Uhr: Kaiserthronische Generalversammlung in „Eichel's Restaurant“, Hauptstr. 6.

Der Dischulirich Jaroslaw Jabrowski in Niddorf hält seine Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 16. Januar, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Nischke, Niddorfstr. 120, ab.

Arbeiter-Bildungsschule (Nordbest). Heute, Sonntag, Abends 8 Uhr, Vorträge: 1. bei Schipp, Versammlung, Vortrag des Herrn Dr. Voss über: „Noth und Nothhilfe“. 2. bei Schipp, Nachher Bälleball.

Freie Vereinigung selbstlicher Schuhmacher, Ziseure und Berufsgeossen Berlin und Umgebung. Montag, den 16. Januar, Abends 10 Uhr, bei Kroll, Neue Friedrichstr. 44: Generalversammlung. Erscheinen ist Pflicht. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Arbeiterverein der Schuhmacher (Berlin G.). Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, Niddorfstr. 6: Vortrag.

Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Sud-, Papier- und Lederwaren-Industrie. Montag, den 16. Januar, im Saal Nr. 75: General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassibericht. 2. Vorträge.

Allgemeine Kranken- und Sterbehilfe der Metallarbeiter (S. G. 29 in Camburg), Hilfsverein Berlin G. Versammlung am Montag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, Wanteulstraße, 90. Tagesordnung: Kasibericht pro November und Dezember 1892. Bericht über die Vereinigung fester eingeschriebener Ortsklassen von Berlin und Umgebung.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Dortmund, 14. Januar. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, haben die Beiden „Zollern“ und „Germania“ gemäß § 8 der Arbeitsordnung über 1000 Arbeiter entlassen. — Die „Dortmunder Union“ nimmt am Montag ihren Betrieb im ganzen Umfang wieder auf.

Bochum, 14. Januar. Nachdem die von Heche „Präsident II“ ausständigen Schlepper heute die Arbeit wieder aufgenommen haben, ist nunmehr der Ausstand im hiesigen Revier gänzlich beendet.

Ossen a. d. Ruhr, 14. Jan. Der Streikführer Galsmann wurde bei der Rückkehr aus dem Streikgebiete am hiesigen Bahnhofe von der Polizei verhaftet. — Aus Bochum wird gemeldet, daß es auf der Heche „Rohbringen“ zwischen Streikenden und Arbeitern, die ansahen wollten, unter Theilnahme von Weibern in vergangener Nacht zu Schlägereien gekommen ist. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter eine lebensgefährlich.

Gelsenkirchen, 14. Januar. Heute Abend wurde in dem Herdenbach'schen Lokal hier selbst eine geheime Bergarbeiter-Versammlung abgehalten. Die Polizei löste dieselbe auf, schloß das Lokal und trieb die Menge, soweit die Leute nicht gutwillig sich entfernten, mit der blanken Klinge auseinander.

Köln, 14. Januar. Das Eisen- und Stahlwerk der Gebrüder van der Zypen in Deutz ist, wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, wegen Kohlenmangels größtentheils außer Betrieb gesetzt. Gegen dreihundert Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos geworden. Weitere 150 Arbeiter werden ihre Beschäftigung verlieren, wenn die Stöckung der Kohlenlieferung nicht in den nächsten Tagen gehoben wird.

Aus Essen wird der „Kölnischen Zeitung“ von heute gemeldet: In einem Rundschreiben des bergbaulichen Vereins werden die Forderungen dringend ersucht, von den einschlägigen Paragraphen der Arbeitsordnung ausnahmslos genauesten Gebrauch zu machen, ferner keinen Arbeiter anzunehmen, der wegen Beteiligung am Ausstände auf einer anderen Zeche entlassen ist. Dieses sei um so leichter durchführbar, als kein wirtschaftlicher Nachteil entstehe, wenn die Kohlenförderung längere Zeit wesentlich beschränkt würde.

Die Nachricht mehrerer Blätter, auf der Zeche „Konsolidation“ sei eine Schachtpfropfung versucht worden, wird von der „Kölnischen Zeitung“ auf Grund einer Mitteilung der Zecheverwaltung als unrichtig bezeichnet.

(Depeschen des Bureau Herald.)

Essen a. d. Ruhr, 14. Januar. In der gestrigen Versammlung ernannte Bottermann die Streikenden zum Ausmarsch bis Sonntag, an welchem Tage der entscheidende Beschluß gefaßt werden soll. Bottermann erklärte, die Bewegung habe ergeben, daß durch einen Ausstand jetzt nicht viel zu erzielen sei.

Gelsenkirchen, 14. Januar. Gestern Abend wurde versucht, den Schacht 2 der Zeche „Konsolidation“ in die Luft zu sprengen. Der durch die Explosion verursachte Schaden ist noch nicht festzustellen. Der Staatsanwalt wußte am Thortorte.

St. Johann, 14. Januar. Der Vorstand des Reichshüttenvereins erbat durch Depesche an den Kaiser eine Audienz, um folgende Vorschläge zu unterbreiten: Bestellung einer Kommission zur Revision der Arbeitsordnung, bestehend aus 2 Bergleuten, 2 Bergbeamten und einem unabhängigen Sozialisten (P.H.); Beendigung des Ausstandes gegen Rücknahme der Maßregelungen; Bildung von Gewerbschiedsgerichten; Niederlegung einer Kommission zur Prüfung der Betriebs- und Kohlenabnahmeverhältnisse.

Briefkasten der Redaktion.

E-1, 23. Freiherr v. Ruffsch ist an den Folgen der Mißhandlungen gestorben, an welchen auch der jetzige Leipziger Professor v. Binning als Studientheilnehmer hatte.

B. S. Nr. 7, Kirchhain. Der Betreffende ist hier gänzlich unbekannt. Also Vorsicht.

Ludwig Anshütz, Wildhof. Die uns zugesandten Sammellisten (Nr. 401-460) haben wir der Expedition des „Vorwärts“ zur Vertheilung übergeben.

C. F., Chemnitz. Senden Sie das Material über den Briefwechsel ein.

P. Dehand. Gottlieb Hartmann, Hederstr. 9 f. II. Halberstadt. Signet sich besser für die „Sonntagszeitung“.

Briefkasten der Expedition.

Für die Bergarbeiter gingen fernere ein: Rothe Deckelmacher L. u. K. 1,50. Drechsler J. G. Pfaff, Jenghoffstr. 1,00. 13 l. Geburtstagsfeier 2,20. A. Borchert 1,50. Leseklub Diehagen 15.—. Kottbusser Genossen durch Höhe 50.—. Telegraphenanstalt Neuenburgerstraße 4.—. Werlabteilung M. Bading 12,65. Die Arbeiter aus der Oberwasserstraße 5,75. 8 Arbeiter am Sonnabend Mittag gesammelt 4,05. Von Kravattenschneidern 635 R. L. H. K. S. R. G. J. J. 6,35. Von einigen Büchern durch Faltsch 4,10. Hartgummiwaren-Fabrik, Reue Königsstr. 9.—. Bildhauer-Atelier 10.—. Leseklub Geib 10.—. Von 6 Drechslern, 1 Schlosser, 1 Tischler durch Baumberg 10.—. Summa 147,70 M. — Bereits quittirt 1085,40. In Summa 1183,10 M.

Verband der Möbelpolier Berlin und Umgegend.
Morgen Montag, Abends 8 1/2 Uhr, Andreasstrasse 26:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest u. 3. Bericht über den Streik der Polier in London.

Sonnabend, den 28. Januar in Buss' Ball-Salon, Frankfurterstr. 88:

Großer Wiener Masken-Ball

mit großen Ueberraschungen, Bombenregen, Vorträgen u. s. w. Billets für Herren 50 Pfg., für Damen 30 Pfg., sind in obiger Versammlung und in den Arbeitsnachweisen Blumenstr. 88 und Oranienstr. 197, sowie bei C. A. Zehdenickerstr. 2 und bei allen Vorstands- und Kommissionsmitgliedern zu haben. 252/10
Zahlreiche Theilnahme an Obigem erwartet Der Vorstand.

Fachverein der Tapezierer

Berlin und Umgegend.
Montag, den 16. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Th. Boltz, Alte Jakob-Strasse Nr. 75:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Bericht der Werkstättenkontroll-, der Arbeitsvermittlungskommission und der Fachschule. 3. Wahl des ersten Schriftführers. 4. Vereinsangelegenheiten. 311/8
Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57.
Sonntag, den 22. Januar:

Drittes Stiftungsfest des Vereins der Militär-Schneider

bestehend in

Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert

unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins Sängerkollegium (M. d. U.-S.-B.) Dirigent Herr Pahl.

Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**

Herren, welche daran Theilnehmen, zahlen 50 Pfg. nach. Eröffnung 5 1/2 Uhr. Anfang präzis 6 Uhr. Billets sind bei folgenden Personen zu haben: Schulze, Zimmerstr. 86, 2. Quergeb. 2 Tr.; Raatz, Wöhrerstr. 15, v. 3 Tr.; Gerwin, Großbeerstr. 20, Hof 4 Tr.; Jakobmeier, Grünerweg 19, v. 4 Tr.; Koloff, Wittenwalderstr. 66, Hof 3 Tr.; Wronn, Tischstr. 6, v. 2 Tr.; Köhn, Raunauerstr. 88; Fritz Fröhlich, Raunauerstr. 49 und in allen mit Plakaten belegten Handlungen. 287/9
Um zahlreichen Besuch wird gebeten. Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker

Berlin und Umgegend.
Dienstag, den 17. Januar 1893, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Köllig, Neue Friedrichstraße Nr. 44:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. a) Kassenbericht. b) Revisorenbericht. 3. Die Musikfrage bei Josl, Andreasstr. 21. 4. Verschiedenes. 867/13
Herr Restaurateur Josl ist zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen. Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Kaufleute.

Grosse Versammlung

am Dienstag, den 17. Januar 1893, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Berliner Ressource, Kommandantenstraße 57.

Tages-Ordnung:

„Das Wesen des Sozialismus.“ Referent: Reichstags-Abgeordneter Sojanun-Chemnitz. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 183/7
Gäste willkommen! Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungs-Schule (Norden).

Sonntag, 15. Januar, Abends 6 Uhr, im Saale des Herrn Philipp (früher Stein), Rosenthalerstr. 38:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. K. Finn über: Ursprung und Wesen der Poesie. 2. Diskussion.
Nach dem Vortrage findet geselliges Beisammensein und Tanz statt. Gäste, Damen und Herren, willkommen. 884b
Die Schulkommission.

Zentralverband deutscher Conditoren,

Pfefferküchler etc. (Lokalverein Berlin).

Am Sonntag, den 15. Januar 1893, in Goltz' Festsaal (früher Feuerstein), Alte Jakobstr. 75:

1. Stiftungsfest.

Prolog, Feste, gehalten vom Koll. Sturm.

Unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Freundestreu“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes), unter Leitung des Dirigenten Herrn Suchsdorf.

Tanz und deklamatorische Vorträge.

Um 12 Uhr: Kaffeepause.

Musik von der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker“.

Anfang 5 Uhr. Entree 25 Pf. Ende 7 1/2
Der Vorstand.

96/5

Frauen-Bildungsverein

für Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Versammlung.

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Prähns:** Die Malthus'sche Theorie. 2. Diskussion und Fragekasten. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. Mitgliedsbuch legitimirt. Gäste zahlen 10 Pf. Entree. 156/4
Der Vorstand.

Schöneberg.

Montag, den 16. Januar, Abds. 8 1/2 Uhr, in der Schloßbrauerei:

Ordentliche Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins für Schöneberg und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Abrechnung des Kassiers vom letzten halben Jahre. 3. Wahl des gesammten Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 108/3
J. A. des Vorstandes: **H. Köster.**

Ein grüner Junge!

Sehr frei bearbeitet u. Herrn v. Froge christlich-geistesvoll gewidmet! Neues Komplet v. **R. Heise, Reinickendorf-Berlin.** Zum Vortrag meiner selbstverfaßten sozialistischen Kompletts halte mich bei mäßigen Ansprüchen bestens empfohlen. — Bitte dies Inserat aufzubewahren! 885b

Treptow, Park-Gr. Ball.

Jeden Sonntag im neu renov. Parquet-Saal: **Gr. Ball.** Abonnement für Tanz 1 M. 3505L. Ausschank v. Weiss- u. Baisisch-Bier.

Bettfedern, Daunen, fertige Betten.

Gr. Bettfedern-Spezial-Geschäft von L. Beutler, Berlin.

1. Geschäft: Ackerstr. 85.
2. Geschäft: Mariannenstr. 11.
3. Geschäft: Ackerstr. 148.
4. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 42.
Hundert Sorten in Bettfedern, Pfund 50 Pf. bis zu den hochfeinsten Qual. Hundert Stand Betten; Stand: Oberbett, Unterbett und 2 Kissen 12 M. bis zu den hochfeinsten Brandbetten, fabelhaft billig. 3876L

Rechtliches Geschäft

8572R
sofort an Genossen zu verk. Erforderlich ca. 600 M. Offerten Fr. 350 a. d. Exp.

Hofenstoffe, zurückgesetzt, 2,50, Chevrolet u. 3-7 Uhr, Tuch-Agentur, Wallstr. 65b, 4 Tr. links. 916b

Destillation und Restauration in Vereinszimmer, sichere Erzeugnisse, billige Miethe, passend für Parteigenossen, sofort für Inventarpreis zu verkaufen. Zu erfragen Alt-Moabit 97, Laden.

Empfehle meine Milch u. Sahnen-Niederlage, sowie Genossenschaftsbrot und Backwaare. Auf Wunsch sende Milch u. Frischfr. in Haus. 930b
S. Wuttie, Campenhauerstr. 91.

Ein gutgehendes Material- und Grünkraut-Geschäft mit Kasse Kant-haltshalber z. verk. Postenwalderstr. 4, p. 912b

Ein gutgehendes Grünkraut-Geschäft, mit Obst verbunden, billig zu verkaufen Rottbuscher Damm 1. 912b

Betten, feiner Stand, neu, 22 M., sofort zu verk. Weigerstr. 10, vorn part.

Kanarienhähne, feinste Hohl- und Ringel-Noll. **F. Schütz, Wöhrerstr. 36.**

Rothe Dompfaffen 2.—, Stieglitz 1,20, Heilige 80 Pf., Hänflinge 80 Pf., Kreuzschnäbel 1 M. Schindlerstr. 21.

Kanarienhähne u. Zuchtweibchen verk. **Arndt, Brangelstr. 14, Hof 4 Tr.**

Kanarienvogel u. Weibchen, billige **Walde, v. 50 Pf. an, Gr. Frankfurterstr. 12.** 931b

Modengarderobe. Neu, f. Herren u. Damen, preiswerth. Hochzeitskleider, Gesellschafts-, Ballkleider. **Reanderstr. 34.** 47/9

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Reklamationen. Rath im Zivil- und Strafprozess. Einziehung von Forderungen. **Pollak, Jelt Blumenstr. 19 Nr. Auch Sonntags.**

Fabrikraum z. verm. Gütchinerstr. 64. 907b

Welt-Restaurant

S. Dresdenerstr. 97.

Norddeutsche Säger, 7 Pers.

2. Saal: Hr. Schauss, Fris. Flori, Melanie, Sternau.

Anf. in der Woche 7 Uhr, Sonnt. 5 Uhr.

Allgem. Arbeiterinnen-Verein.

Grosse Versammlung

am Dienstag, 17. Jan., Ab. 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über Arbeiterinnenlöhne. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Abrechnung vom Stiftungsfest. 5. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Verb. der Holzbearbeitungs-

fabriken und auf Holzplätzen

besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen

Deutschlands

Ordnungsverwaltung Berlin II, Nord.

Dienstag, 17. Januar, Abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale von Rehtig, Bergstr. 12.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **J. Sassen-**bach über: „Fortschritt und Armuth.“ 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 174/5
Der Vorstand.

Zentral-Krankenkasse der

Maurer, Gipsler (Beij-

binder) und Stuckateure

Deutschlands.

„Grundstein zur Einigkeit“.

Oertliche Verwaltungsstelle Berlin.

Ordentliche

Mitgliederversammlung

am Sonntag, 22. Jan., Vorm. 10 Uhr,

bei Brochnow (fr. Döschel), Sebastiansstr. 39.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung des Kassiers vom 4. Quartal 1892. 255/2

2. Bericht der Revisoren.

3. Erziehung eines zweiten Kassiers.

4. Innere Kassenangelegenheiten.

5. Etwasige Beschwerden gegen die örtliche Verwaltung.

NR. Den Mitgliedern zur Kenntniss, daß das Kassenlokal wegen der Versammlung an diesem Sonntag geschlossen ist.

Die örtliche Verwaltung.

Cöpenick.

Sozialdemokrat. Arbeiterverein

für Cöpenick und Umgegend.

Jeden Dienstag nach dem 1. und jeden

Dienstag nach dem 15. eines jeden Monats, Abends 7 Uhr:

Versammlung

im Lokale des Hrn. A. Schulz, Schöner-

linderstraße 5. Gäste haben Zutritt. 104/5
Der Vorstand.

Auch der alte Valor Tlotz, Invaliden-

straße 124, empfiehlt den Genossen sein

Fabrikat von Cigarren, Rauch-

bau- u. Schnupftabaken. Rauch-

requisiten in großer Auswahl. Bei Ent-

nahme von 100 Cigarren 10 pSt. Rabatt. 896b

Genossenschafts-Brot Schöneberg,

Kaiser Friedrichstr. 8, Richter. 896b



Bestes Nähgarn!